



Nordenstadt Nachrichten

27. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Januar/Februar 2003

Neujahrsempfang des Vereinsrings



Im gut besuchten Ramada Treff Hotel konnte der neue Vorsitzende des Nordenstadter Vereinsrings Hans-Herbert Knigge am vergangenen Sonntag zahlreiche Gäste begrüßen. Besonders hervorgehoben wurde in seiner Begrüßung die im Ländchen allseits bekannte "Tante Frieda", die mit ihrem Leierkasten auf vielen Festen für fröhliche Stimmung sorgt und für wohltätige Zwecke sammelt.

In seiner Rede hob Hans-Herbert Knigge das hervor, was den Reiz des Ortes ausmacht: die hier lebenden Menschen, die Art und Weise wie sie leben und miteinander umgehen, wie sie den Alltag und die Feste miteinander feiern. "In so einer Gemeinschaft können wir erleben, dass es neben dem Dax auch noch andere Werte gibt, die man aber nicht kaufen kann" - so Knigge.

Der Vereinsring hat sich für die kommenden Monate einiges vorgenommen. Die Vereine sollen in der Förderung ihrer Jugendarbeit stärker unterstützt werden. Um dies deutlicher hervorzuheben, will der Verein einen Wettbewerb ausschreiben, der Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren anspricht, die man als Vorbilder für engagiertes Verhalten bezeichnen kann.

Zum Beispiel Sportler mit Teamgeist, erfolgreiche Trainer, Spieler, die ihr Team zu motivieren verstehen, oder PC-Spezialisten, die ihrem Verein die Verwaltungsarbeit erleichtern. Die Nordenstadter Vereinsvorsitzenden werden in Kürze über weitere Details informiert.

Eine Veränderung will der Vereinsring auch bei den Kulturtagen anstreben. Es soll nicht ausschließlich auf fremde Künstler zurück gegriffen werden, sondern der Vereinsring möchte die "Kultur vor Ort" fördern. Im Vorfeld der Kulturtage sollen Workshops eingerichtet werden, in denen Gruppen aus Vereinen oder interessierte Privatpersonen von Künstlern unterrichtet werden, um anschließend auf den Kulturtagen aufzutreten. Interessierte Jugendliche und Erwachsene können sich bei der Ortsverwaltung melden. Es kann sich dabei z. B. um Schwarzes Theater, Clownereien, Akrobatik, Gesang oder Musikeinlagen handeln.

Das Programm des Neujahrsempfangs wurde durch Darbietungen des Nordenstadter Chors "Sing 'n Swing" und des NOMA Quintetts abgerundet.



NaturFreunde Wiesbaden

Wanderweg Rund um Wiesbaden

Der/die Eine oder Andere wird sie schon gesehen haben, die Wegweiser der Wiesbadener NaturFreunde. Ein grünes N mit rotem Pfeil, der in beide Richtungen weist, deutet auf den Rundwanderweg "Rund um Wiesbaden" hin, den die Naturfreunde aus Anlass des 90-jährigen Bestehens ausgeschildert haben.

In vier Etappen zwischen je 13 und 15 km kann man Wiesbaden umwandern. Pro Etappe muss man mit einer Zeitdauer von ca. 4 Stunden rechnen. Die Strecken sind so gewählt, dass Ausgangs- und Endpunkt mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind. Ergänzt wird der Rundwanderweg mit einem Radrundwanderweg "Der Wiesbadener Osten", der von Biebrich über Delkenheim, Nordenstadt, Medenbach, Auringen, Kloppenheim und Erbenheim zurück nach Biebrich führt. Die Wanderwege mit jeweiligem Kartenausschnitt sind auf 5 Handzetteln ausführlich beschrieben. Diese können angefordert werden bei Werner Wahler unter der Tel.-Nr. (06122) 6727 oder E-Mail: werner.wahler@k48.de.

Die NaturFreunde Deutschlands haben über 100000 Mitglieder in 750 Ortsgruppen mit über 500 Naturfreundehäusern, die allen offen stehen. Die NaturFreunde wurden als Verein 1895 in Wien unter dem Namen "Touristenverein Die Naturfreunde" gegründet, die Wiesbadener NaturFreunde gibt es seit dem 26. August 1912.

Die soziale Lebenssituation und die Wahrnehmung von Natur waren und sind die Grundlage der NaturFreunde-Arbeit. War es vor hundert Jahren für die arbeitenden Menschen nötig, den Zugang zur Natur gegen die Wegeverbote der feudalen Jagdpächter durchzusetzen, so ist heute der nachhaltige Schutz von Natur und Umwelt vor Zerstörung das Wichtigste. Nachhaltigkeit, wenn sie die Möglichkeiten zukünftiger Generationen mit einbezieht, ist Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Verbindung mit sozial-ökologisch dauerhafter Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Nähere Informationen über die Wiesbadener NaturFreunde mit dem Veranstaltungsprogramm finden sich im Internet unter: www.NaturFreunde-Wiesbaden.de.

In den ersten 100 Tagen umsteuern!

Eine SPD-geführte Landesregierung wird in den ersten 100 Tagen ihrer Regierungszeit in den Bereichen Bildungspolitik, Finanzpolitik und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sofort handeln und deutlich umsteuern, kündigte der SPD-Spitzenkandidat Gerhard Bökel an. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD-Programmkommission und stellvertretenden Landesvorsitzenden Gernot Grumbach stellte Bökel das 100-Tage-Programm der SPD-Hessen vor.

Innerhalb dieser Frist wird das Bewerbungsverfahren für die Einrichtung der 500 geplanten Ganztagschulen begonnen. Dazu werden die pädagogischen Anforderungen konkretisiert und die Beratung der Schulträger organisiert. Zur Einführung der für Eltern beitragsfreien Vorschule für alle Fünfjährigen werden die Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Land und den Trägern der Kindertageseinrichtungen vorbereitet.

Das Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird sofort in Angriff genommen. In einem ersten Schritt werden die Mittel der unterschiedlichen Fördertitel gebündelt, um mehr Effizienz zu erreichen.

Die Weiterentwicklung der Investitionsbank Hessen zu einer Förderbank wird angestoßen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Mittelstand weiterhin die erforderlichen Kredite erhält, obwohl die Banken bei der Kreditvergabe zunehmend restriktiv vorgehen und dadurch viele Betriebe in ihrer Existenz gefährdet sind. Hessen wird eine Spitzenposition bei der Umsetzung der Hartz-Vorschläge einnehmen und durch ein Vergabegesetz den Schutz vor Dumping-Konkurrenz gewährleisten.

Ein Gesetz zur Wiederherstellung demokratischer Beteiligungsrechte soll die von der CDU-geführten Koalition beschlossene Mitsprache von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, von Frauenbeauftragten und Naturschutzbeiräten zurücknehmen. Damit wird auch der Landesausländerbeirat wieder eingerichtet.



Für "Barrierefreiheit" soll ein Gleichstellungsgesetz für Behinderte sorgen. Der Wachpolizei werden Verwaltungsaufgaben zugewiesen, um eine Entlastung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten von polizeifremden Aufgaben zu erreichen.

Die Neuordnung der hessischen Regionen wird ebenfalls sofort durch die Vorbereitung eines Mediationsverfahrens in Angriff genommen. Um das finanzpolitische Chaos der konservativen Landesregierung zu beenden, wird umgehend ein Nachtragshaushalt erarbeitet. "In diesem Nachtrag werden wir unsere Schwerpunkte - Ausbau von Ganztagschulen, Vorschulerziehung und Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit - mit einem Konsolidierungskurs verbinden", so Gerhard Bökel.

Wahlkampf- Kundgebung der SPD

**Gerhard Bökel &
Gerhard Schröder**

**Donnerstag
30. Januar 2003**

Kurhaus Wiesbaden

**Einlaß 15.30 Uhr
Beginn 16 Uhr**

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Birgit Pintaric, Hessenring 6

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6

Tiefgarage unter dem Bowling Green

Würde man eine Befragung unter Besuchern unserer Stadt - wo auch immer sie herkommen mögen - durchführen, welches Bild sie denn von Wiesbaden in Erinnerung haben: es gäbe mit Sicherheit einen klaren Favoriten.

Der unverwechselbare Blick von der Wilhelmstraße über die von Platanen gesäumte Fläche des "Bowling Green" mit seinen Brunnenschalen, und im Hintergrund die prächtige Fassade des Kurhauses. Und auch für die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt selbst ist hier die Gute Stube, das Wohnzimmer ihrer - unserer - Stadt.

Dass rechts und links und vor dem Portal allerdings abgestellte Autos den Anblick erheblich beeinträchtigen, würde wohl jeder gerne ändern. So konnten sich die Initiatoren einer geplanten Tiefgarage unter der Rasenfläche des Bowling Green auch des Beifalls sicher sein, als sie im letzten Sommer mit ihrer Idee an die Öffentlichkeit traten. Wer könnte schon etwas dagegen haben, wenn das bunte Blech endlich unter der Erde verschwände?

Weniger erfreulich allerdings ist die unangebrachte Hast, mit der hier, weitgehend an der Fachverwaltung vorbei, Beschlüsse durchgepeitscht wurden, ohne dass bisher die wichtigsten Entscheidungsgrundlagen vorliegen. Wieder einmal wurde, wie schon beim einstmaligen geplanten Landtagsneubau, die Frage der Hydrogeologie nicht mit der nötigen Sorgfalt untersucht, bevor die Stadtverordneten ihren Beschluss zu fassen hatten. Völlig ungeklärt ist die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts, das ja schließlich bereits in der Vergangenheit wegen eben dieser Zweifel verworfen worden ist.

Mindestens ebenso wichtig aber ist die Frage, wie die notwendigen oberirdischen Teile einer solchen Tiefgarage - Lüftungsschächte, Zu- und Ausfahrten, "Kassenhäuschen" - realisiert werden können, ohne das Kurhaus-Ensemble in seiner ästhetischen Qualität zu beeinträchtigen.

Wie antwortete doch ein CDU-Kollege im Planungsausschuss auf die Frage nach dem Grund für die merkwürdige Eile? "Weil wir wollen, dass sich endlich etwas tut." -

Eine Antwort von wahrlich erhabener Schlichtheit, die allerdings weder von Kompetenz noch von Sensibilität für das Thema zeugt.

Ruth Akasoy

Mut zur Bewältigung

Frauenselbsthilfe nach Krebs e.V. Gruppe Wiesbaden - Ost

45.000 Brustkrebsneuerkrankungen pro Jahr und 18.000 Unterleibskrebsneuerkrankungen pro Jahr in Deutschland! Die Befürchtung, davon auch betroffen zu werden, ist nicht so abwegig und wenn man in seinem Bekanntenkreis so rumhört, stellt man fest, dass diese Krankheit in vielen Familien zu Hause ist.

Ist die Diagnose erst mal gestellt, beeinflusst dies das Leben der ganzen Familie - nicht nur was die Bewältigung des praktischen Alltags angeht, sondern vor allem auch in bezug auf die Gedanken und Gefühle aller Beteiligten. Hier gibt es bestimmt viele Möglichkeiten, damit umzugehen. Eine davon ist mit Sicherheit die "Frauenselbsthilfe-Gruppe", die Mut machen will, mit der Krankheit zu leben.

1997 haben drei Nordenstadter Frauen die Gruppe ins Leben gerufen: Heide Bitto, Silvia Fiala und Else Kranz haben aus ihren Engagements in den Kirchengemeinden festgestellt, dass ein Gesprächsbedarf zur Bewältigung der Krankheit Krebs vorhanden ist. Die Gruppe ist gewachsen, der Zulauf ungebrochen und dies hatte zur Folge, dass die dem Landesverband der Frauenselbsthilfe e.V. angeschlossene Gruppe Wiesbaden-Ost einen organisatorischen Kopf für sinnvoll erachtete. Am 1. April 2000 wählte die Gruppe Ruth Blaha zur Gruppenleiterin, Renate Koch zur Stellvertreterin und Carola Schwarz zur Kassiererin. Die Gruppenleitung kann nur aus selbst betroffenen Frauen bestehen, denn das Motto des Verbandes lautet: "Krebskranke helfen Krebskranken".

Diese drei Damen stehen als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung und sorgen dafür, dass am zweiten Mittwoch im Monat im Gemeindezentrum in Nordenstadt (von 19.00 bis 21.00 Uhr) der Treffpunkt mit Themen gesichert ist. Ernährung, Gesundheit, Kochen und vieles andere mehr sind Themen der Abende. Wichtig ist der Gruppenleitung aber, dass Gespräche mit Betroffenen (ob direkt oder indirekt) Mut machen, Hoffnungen wecken und verstärken, neue Wege aufgezeigt werden können, Unterstützung für den eigenen Weg gegeben wird, dass persönliche Erfahrungen und ein Austausch "guter Adressen" Hilfen sind, die durch nichts zu ersetzen sind.

Die Damen der Gruppenleitung nehmen an regelmäßigen Fortbildungen teil, die vom Landesverband angeboten werden, so dass auch gesichert ist, dass die neuesten Informationen weiter gegeben werden können.



Anlässlich der Advents- und Jahresabschlussfeier der "Frauenselbsthilfe nach Krebs Wiesbaden-Ost" überreichte die SPD-Nordenstadt eine Spende von 180 Euro. Unser Foto zeigt von links: Sonja Elpelt (SPD-Vorstand), Renate Koch (stellv. Gruppenleiterin), Birgit Pintaric (SPD-Vorsitzende), Ruth Blaha (Gruppenleiterin) und Carola Schwarz (Kassiererin).

Im Gespräch mit Frau Blaha und Frau Koch wird deutlich, dass die Selbsthilfe-Gruppe wichtig ist, um einfach mit Gleichgesinnten zu reden. Sie berichten z.B. von einer Dame, die in der Gruppe auch mal nur feststellt: "Hier kann ich einfach mal nur jammern"! Es gibt aber keinen Zwang zu reden. Vielleicht hilft es auch "nur zuzuhören", Informationen zu bekommen, nur an bestimmten Themenabenden teilzunehmen. Die Gruppe ist offen! Sie wollen Mut machen und der Krankheit Krebs das Stigma nehmen.

Zusätzlich zu den monatlichen Treffs wird in der Gymnastikgruppe Bewegung, Spiel und Sport angeboten.

Die Gymnastikgruppe trifft sich jeden Montag von 17.45 bis 19.00 Uhr im Gemeindehaus der Katholischen Kirchengemeinde, Borkestraße 4, Wiesbaden-Nordenstadt.

Die nächsten Termine:

Mittwoch, 12. Februar 2003

Die Malerin Renate Reifert erklärt Farben

Mittwoch, 12. März 2003

Der Biologe Dr. Beckmann spricht über Zusammenhang von Psyche, Immunsystem und Krebs.

Die Organisatorinnen der "Frauenselbsthilfe-Gruppe" sind ausschließlich ehrenamtlich tätig und können die Veranstaltungen lediglich mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Krebshilfe e.V. und aus der Bevölkerung interessant gestalten. Spenden sind daher jederzeit herzlich willkommen und werden auch akribisch genau abgerechnet.

Die "Frauenselbsthilfe nach Krebs" ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft und es ist uns von der Redaktion ein Bedürfnis, dies herauszustellen und um Unterstützung zu werben.

Gern können Sie die Damen der Gruppenleitung auch telefonisch kontaktieren:

Ruth Blaha - 06122/51130;

Renate Koch - 06122/14805 und

Carola Schwarz - 06122/51647.

kk

Aufwärts mit dem Norschter Fußball !

Die große Fußball-Euphorie war noch nicht ausgebrochen. Es war vor den Weltmeisterschaften, als sich wieder einmal einige Nordenstädter Gedanken machten, wie man dem Fußball in Nordenstadt helfen kann. Doch diesmal schritten sie zur Tat: Sie gründeten einen Förderverein. Auf den Fußball will man sich konzentrieren, um sehr gezielt arbeiten zu können.

Generelles Ziel der Gründer ist es, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Voraussetzungen für den Fußballsport in unserem Ort noch besser werden, vor allem für die Jugend. Natürlicher Partner ist dabei die Fachschaft Fußball im TuS Nordenstadt. Gesucht werden Unterstützungen jeglicher Art. Materielle Unterstützung - nicht nur durch Sponsoren oder Spender - soll mobili-

siert werden, Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art sollen organisiert werden. Jede Idee, jede Anregung, jede noch so kleine Hilfe ist gefragt.

Man stelle sich mal vor, was es bedeuten würde, wenn sich jeder "ehemalige Jugendliche" oder seine Eltern, die von der Existenz des TuS "profitiert" haben, entschließen würden, dem Förderverein 10 oder 20 Euro im Jahr (!!!) zu spenden.

Wer helfen will, hat folgende Ansprechpartner:

Wolfgang Kiehne, Goethering 26 (Tel.: 14488)

Bernd Claar, Schlesierstr. 79e (Tel.: 6423)

Holger Dollak, Heerstr. 103 (Tel.: 76455)

Was würde Kaiser Franz sagen:

»Schau`ma mal!«

VBW

Neues VBW-Programm

Semesterschwerpunkt: Polen

Im kommenden Jahr wird Polen, unser östlicher Nachbar, der Europäischen Union beitreten. Das war Anlass für das Volksbildungswerk Nordenstadt, Erbenheim, Delkenheim eine Folge von Veranstaltungen gemeinsam mit dem Volksbildungswerk Bierstadt anzubieten, in denen mehr über unseren östlichen Nachbarn zu erfahren ist.

In "Polnische Impressionen - Reiseessays mit Dias" wird Dr. Matthias Kneip vom Deutschen Polen-Institut Städte und Landschaften Polens vorstellen, Heinz Stanek wird über "Polens Weg nach Westen" berichten und Lydia Galwas wird in einem Tagesseminar die "polnische Küche" vorstellen. Mehrere Veranstaltungen beleuchten die polnische Literatur und im Juni wird Artur Becker aus seinen Romanen, "Die Milchstraße" und "Onkel Jimmy, die Indianer und ich" lesen.

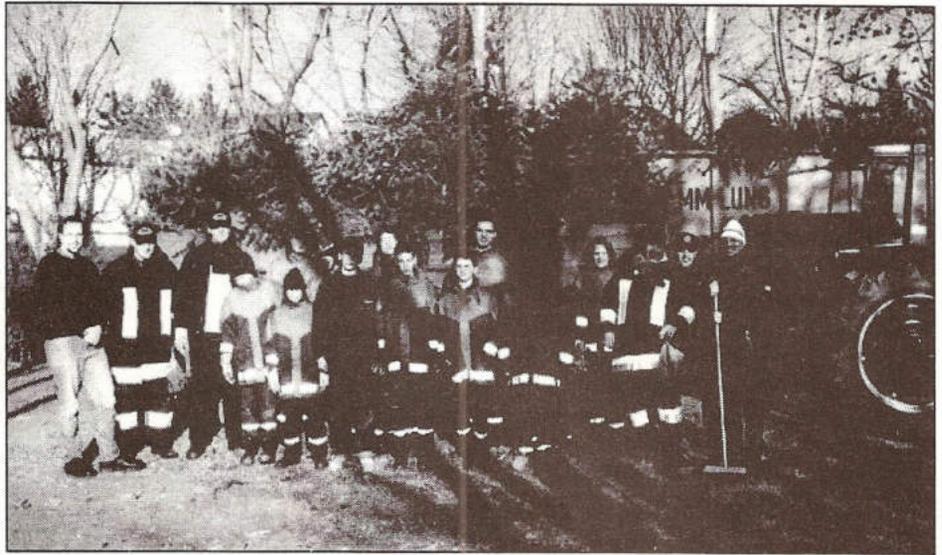
"Gut geplant ist halb gewonnen", so lautet der Titel eines Wochenendseminars, das sich mit Veranstaltungsmanagement befasst und sich insbesondere an Aktive in Vereinen und Verbänden wendet, genauso wie der Kurs "Pressearbeit für Vereine". Bei dem umfangreichen Angebot an Sprachkursen sind besonders die Bildungsurlaubskurse "Spanisch" und "Italienisch" hervorzuheben, die in einer Woche Grundwissen der jeweiligen Sprache vermitteln.

"Suchen und Finden im Internet" heißt nur einer der vielen EDV-Kurse die in Kleingruppen vormittags und an Wochenende angeboten werden und sich an Anfänger und Fortgeschrittene wenden. Wer was für seine Fitness und Gesundheit tun will, ist beim VBW an der richtigen Adresse.

Es gibt hier Wochenendseminare, angefangen vom "Inline-Skating" über "Yoga" bis hin zu "Ayurveda", Kurse am Vormittag wie "Aqua-Fitness" und "Callanetics" und am Abend wie z.B. "Boule" "Qi Gong" und "Die Feldenkrais-Methode".

"Sinnvoll die Freizeit gestalten", unter diesem Motto stehen die Hobby-Kurse des VBWs. Fahrradreparatur, Schachspielen, Dart, Backen, Kochen - zu alle diesen Themen bietet das VBW wieder Kurse an im Programm mit über 200 Kursen zu finden, das auf Anfrage **Tel. (06122) 12918, Email info@vbw-ned.de** gerne zugesandt wird oder im **Internet** unter der Adresse **www.vbw-ned.de** aufzurufen ist.

Ein Dankeschön an die Jugendfeuerwehr



Alljährlich stellt sich zu Beginn des neuen Jahres die Frage, wohin mit dem geliebten Weihnachtsbaum, der seinen Zweck erfüllt hat und nun ungeschmückt beinahe zur Last fällt. Die Lösung bieten hier die vielen Helfer der Jugendfeuerwehr von Nordenstadt. Mit den Kollegen aus der aktiven Wehr werden die ausrangierten Weihnachtsbäume eingesammelt und in die Container der Entsorgungsbetriebe Wiesbadens gefüllt. So auch wieder in diesem Jahr. Mit drei Traktoren wurden die Weihnachtsbäume eingesammelt und 5 große Container bestückt. Die Traktoren wurden von den Familien Kranz, Pfeiffer und Kern kostenlos zur

Verfügung gestellt und da harte Arbeit ja auch hungrig macht, bedanken sich die "Feuerwehler" bei den Firmen Lochbühler und Martin für die ebenfalls kostenlos zur Verfügung gestellte Verpflegung. Die zahlreichen Spenden aus der Bevölkerung werden für die Jugendarbeit der Feuerwehr verwendet und dafür bedanken sich die fleißigen Einsammler besonders herzlich.

Das nächste Weihnachtsfest kann also getrost wieder mit einem Baum verschönert werden; die Jugendfeuerwehr wird in bewährter Manier für die anschließende Entsorgung bereit stehen.

Dafür ein herzliches Dankeschön!

Neues Müll-Sammelsystem

Die SPD-Fraktion hat Bürgerproteste aufgegriffen, die sich dagegen wehren, dass entgegen der in der Satzung vorgegebenen Vorgehensweise die Müllwerker auf einigen Touren die Restmülltonnen und die Biotonnen nicht mehr vom Grundstück geholt und wieder zurückgebracht werden. Ein entsprechender Antrag mit der Aufforderung, wieder zur Volleistung zurückzukehren, hatte Erfolg. Laut ELW ist dieser Service zwar auf 15m beschränkt, es gibt aber die Zusage, dass er demnächst wieder berücksichtigt werden wird.

Umstellung von Bring- auf Holsystem bei Altpapier und Verpackungsmüll

Um die Sammelquoten für die Wertstoffe Altpapier und Leichtverpackungen zu erhöhen - sie liegen derzeit in Wiesbaden erheblich unter dem Bundesdurchschnitt - planen die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt (ELW) die Umstellung des Sammelsystems. Ende März/Anfang April erhalten alle Müllgebührenzahler je eine Tonne zusätzlich für Altpapier (dunkelgrau mit blauem Griffesinsatz) und für Leichtverpackungen (dunkelgrau mit gelbem Griffesinsatz). Die Tonnengröße soll sich nach der bisherigen Restmülltonnengröße richten. Alle Besitzer einer 60 l und 120 l-Restmülltonne erhalten

je ein 240 l Gefäß für Papier und Verpackungen. Die bisher mit 1.100 l-Tonnen ausgestatteten Haushalte erhalten jeweils Gefäße dieser Größe. Die Sammlung ist für Nordenstadt 14-tägig vorgesehen. Es entstehen für die Bürger keine zusätzlichen Kosten für die Leerung, allerdings wird es hier nur eine Teilleistung geben, d.h.: die Tonne wird nur geleert, wenn sie auf der Straße steht und sie muss selbst wieder eingeholt werden. Die Sammlung in gelben Säcken soll weiterhin Bestand haben. Auch werden die Containerstandorte weitgehend aufrecht erhalten, jedoch nur noch für Altglasbehälter.

Da die Einführung des neuen Holsystems sicherlich noch viele Fragen aufwirft, haben die ELW eine Informationsveranstaltung für unseren Bereich vorgesehen. Die Bürger in Nordenstadt werden eingeladen für den **19.2.2003, 18 Uhr ins Bürgerhaus Erbenheim**. Sicherlich haben auch Sie viele Fragen, Bedenken und Anregungen zu diesem Thema. Wir freuen uns, wenn Sie uns diese mitteilen, auch um in die Diskussion im Ortsbeirat die Bürgerinteressen, d. h. Ihre persönlichen Interessen einbringen zu können. Wenden Sie sich ganz einfach an eine der im Impressum genannten Personen oder an Mitglieder der SPD-Fraktion. Gabi Wahler



Nordenstadt Nachrichten

27. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

März/April 2003

Prامل bewegt –

Der 11. Mai ist für die Wiesbadener in diesem Jahr in doppelter Hinsicht von besonderer Bedeutung: Zum einen ist Muttertag, zum anderen wird ein neuer Oberbürgermeister gewählt.

"Prامل bewegt" - mit diesem Motto tritt der Vorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion Rolf Prامل zur Wahl an. In der Stadt sieht er viele Aufgaben für einen Oberbürgermeister, der etwas bewegen will. "Mir macht es viel Spaß, durch meine Arbeit positive Veränderungen voran zu bringen. Als Oberbürgermeister einer Stadt ist man nah dran an den Ergebnissen der eigenen Arbeit. Das ist befriedigender als Papiere mit tollen Konzepten anzufertigen."

Mit seiner beruflichen Erfahrung aus Politik, Verwaltung und Privatwirtschaft (er arbeitet im Management der Telekom) setzt er auf eine "moderne und bürgerorientierte Verwaltung". Weniger Bürokratie, mehr Service - davon sollen die Bürgerinnen und Bürger ebenso profitieren wie die Wirtschaft.

Die Schönheit Wiesbadens zu erhalten und weiter zu entwickeln steht für ihn im Vordergrund. Als Beispiele nennt er die Innenstadt mit ihren historischen Gebäuden, aber auch die Gestaltung des Rheinufers. "Das muss im Rathaus Chefsache werden", betont Rolf Prامل.

Von besonderer Bedeutung sei auch die Sicherung bezahlbaren Wohnraums. "Es darf nicht sein, dass der Spekulation in Wiesbaden Tür und Tor geöffnet werden und die Mieter auf der Straße landen."

Schwerpunkte setzt er bei Kindern und Jugendlichen: "Als Oberbürgermeister werde ich Bildung und Erziehung zur Chefsache machen, damit junge Leute aus allen Bevölkerungsschichten beste Bildungschancen bekommen." Die PISA-Studie habe gezeigt, dass Kinder schon früh zum Lernen ermutigt und angeleitet werden müssen. "Wir müssen damit schon im Kindergarten beginnen und in der Schule reibungslos fortsetzen."

Besonders am Herzen liegt ihm dabei die Förderung von Kindern mit schlechteren Ausgangspositionen. "Mit der Idee einer Reformschule haben wir einen neuen



Ansatz, bei dem schwächere und stärkere Schüler weiter in einer Klasse zusammen bleiben, während die schlimmsten Lernhemmnisse wie z.B. schlechte Sprachkenntnisse gezielt abgebaut werden."

Der Wunsch vieler Jugendlicher nach einem Kulturpark am Schlachthof findet bei Prامل offene Ohren.

"Ich unterstütze das Konzept, weil Wiesbaden jungen Leuten mehr bieten muss und weil von ihnen am Schlachthof schon viel in Eigeninitiative geleistet wurde."

In der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien sieht der SPD-Fraktionsvorsitzende keine Probleme: "Mit etwas gutem Willen wird das klappen." Wiesbaden brauche einen Oberbürgermeister, der die unterschiedlichen Positionen zusammenführe, eigene Vorschläge mache und das ganze zu einem guten Ergebnis bringe.

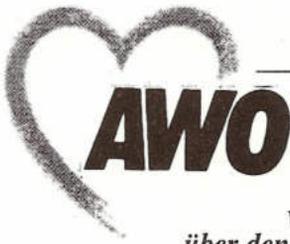
Als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker stoße er aber immer wieder an seine Grenzen - die Termine in Wiesbaden sind nicht leicht mit dem Beruf in Bonn zu vereinbaren. "Wenn ich Oberbürgermeister bin, kann ich meine Zeit und meine Kraft voll und ganz für die Wiesbadener und für diese Stadt einsetzen."

Bleibt da überhaupt noch Zeit für ein Privatleben? Dass ihn seine zukünftige Frau Ariane im Wahlkampf voll unterstützt, macht es ihm leichter, sich ganz auf die Wahl zu konzentrieren, sagt Rolf Prامل. "Wir sind alle keine Maschinen, auch wenn es manchmal so aussieht."

»Schmuddelecken und Schmuckstücke«



... ließ sich der SDP Oberbürgermeister-Kandidat Rolf Prامل in Nordenstadt von Gabi Wahler, Sprecherin der SPD-Ortsbeiratsfraktion, zeigen und erläutern. In Begleitung von Nordenstadter Bürgerinnen und Bürger konnte Rolf Prامل sich von schönen und weniger netten Ecken Nordenstadts ein Bild machen, ehe beim Abschlussumtrunk in der "Alten Krone" über Erhaltungs- und Veränderungsmöglichkeiten diskutiert wurde.



Gründungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt

AWO
In dieser Ausgabe möchten wir Sie gern über den Verband der freien Wohlfahrtspflege, die Arbeiterwohlfahrt informieren.

Ein kurzer Blick auf die Gründungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt soll dem besseren Verständnis der sozialen Arbeit und der Positionen der Arbeiterwohlfahrt zu aktuellen Fragen dienen. Die Arbeiterwohlfahrt kann in ihrer Programmatik, ihrem Selbstverständnis und ihren organisatorischen Besonderheiten heute nicht losgelöst von ihrer spezifischen Geschichte verstanden werden. Die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, die zur Gründung des Verbandes führten, prägen noch heute die Interessenorientierung der Mitglieder, ihre Ziele und die praktische Arbeit.

Am 13. Dezember 1919 stimmte der Parteiausschuss der SPD der von Marie Juchacz beantragten Gründung eines "Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt" zu. Die Arbeiterwohlfahrt wurde als Teil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegründet und war damit auch Teil der deutschen Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre.

Als direkter Vorläufer einer sozialdemokratischen Organisation in der Wohlfahrtspflege können die Kinderschutzkommissionen genannt werden, deren Gründung bereits im Jahre 1904 begann. Die Kommissionen sollten die strikte Einhaltung der Schutzbestimmungen des 1903 verabschiedeten Gesetzes über die gewerbliche Kinderarbeit überwachen. Der Gründung dieser Kommissionen vorangegangen war eine lange und intensive Diskussion innerhalb der SPD über das Verhältnis der Sozialdemokraten zur Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege des Staates. Bis etwa zur Jahrhundertwende verstand sich die SPD als eine revolutionäre Partei: Bestehendes Unrecht, wie z.B. das Dreiklassenwahlrecht, schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft sowie die Gefährdung und Verwahrlosung der Jugend analysierte die Sozialdemokratie als Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

August Bebel formulierte: "Die kranke Welt ist nicht zu kurieren, ohne daß die Privilegien und Interessen der herrschenden Klassen in Frage gestellt und schließlich beseitigt werden."

Das bis 1918 geltende Dreiklassenwahlrecht schloss die Sozialdemokraten weitgehend von der Mitwirkung in den Gremien der Kommunalpolitik aus, in denen die Aufgaben der sogenannten Armenpflege wahrgenommen wurden. Aus diesem Grund war die Wohlfahrtspflege vornehmlich ein Betätigungsfeld der bürgerlich konfessionellen Kreise. Die Willkür der damaligen Wohlfahrtspolitik wurde u.a. auch daran deutlich, dass mit dem Bezug der Armenunterstützung ein Verlust des Wahlrechtes verbunden war.

Um 1900 vollzog sich ein Wandel in der grundsätzlichen Politik der SPD, in deren Verlauf sich die Partei mehrheitlich zu einer reformistischen Partei entwickelte. Dies bedeutete, dass die Sozialdemokratie nunmehr bereits innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiter für möglich hielt und diese durch praktische Arbeit - z.B. durch Wohlfahrtspflege - anstrebte.

Die Sozialgesetzgebung und die Erfolge der Gewerkschaften hatten die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung etwas erträglicher gemacht.

Vor diesem ideologischen Hintergrund und den Erfahrungen des 1. Weltkrieges wurde im Dezember 1919 die Arbeiterwohlfahrt gegründet. Die zentrale Forderung galt der Überwindung der diskriminierenden öffentlichen Armenpflege aus der Kaiserzeit. Fortschrittliche Gesetze sollten einen Rechtsanspruch auf Hilfe begründen, damit in Not geratene Menschen nicht auf die Liebestätigkeit wohlhabender Bürger angewiesen waren. Die Fürsorge sollte - wie es das Gründungsmitglied Heinrich Schulz formulierte - aus dem Bereich des Zufälligen und der Wohltätigkeit, aus dem Geruch des Almosenhaften herausgehoben und als öffentliche Pflicht anerkannt werden. Wohlfahrtspflege wurde also bereits bei Gründung der Arbeiterwohlfahrt als eine Aufgabe und Verpflichtung des Staates begriffen. Diese Auffassung findet sich in ihren Grundzügen noch heute in der Position der Arbeiterwohlfahrt zum Subsidiaritätsprinzip wieder: Als einziger Verband der freien Wohlfahrtspflege lehnt die Arbeiterwohlfahrt den Vorrang der freien Träger bei der Wahrnehmung der Wohlfahrtspflege ab. Die AWO betont die grundsätzliche Verantwortung der öffentlichen Träger, d.h. des Staates, bei der Verwirklichung des Sozialstaatsgebotes des Grundgesetzes.

Aus diesem Verständnis heraus wirkte die Arbeiterwohlfahrt in den ersten Jahren ausschließlich als politische Interessenvertretung und setzte sich insbesondere für ein einheitliches Reichswohlfahrtsgesetz und ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz ein. Erst Ende der zwanziger Jahre wurde die AWO Träger von eigenen Einrichtungen.

Der Verband entwickelte sich kontinuierlich. Bereits 1926 waren 150.000 Mitglieder registriert, die in 1.194 Ortsausschüssen und 34 Bezirken organisiert waren.

Doch mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 war die Abschaffung der Demokratie und damit das Verbot der Arbeiterwohlfahrt absehbar. Bereits im Februar 1933 beschloss der Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt die Gründung einer Tarnorganisation zur Vorbereitung auf die Illegalität: Das deutsch-ausländische Jugendwerk sollte im Fall eines Verbotes der Arbeiterwohlfahrt Hilfsmaßnahmen für Verfolgte und ihre Familien organisieren.

Am 12. Mai 1933 wurde die Geschäftsstelle der AWO in Berlin von SS-Leuten besetzt, der jüdische Wohlfahrtsverband und die AWO wurden als einzige Wohlfahrtsverbände von den Nationalsozialisten verboten. Doch der Versuch, die AWO gleichzuschalten, scheiterte: 2.600 Ortsausschüsse mit über 135.000 Mitgliedern hatten sich dem Gewaltregime versagt. Solange es möglich war, wurden illegale Hilfsmaßnahmen für politisch Verfolgte organisiert. Doch nicht immer kam die Hilfe rechtzeitig. Viele Freunde der Arbeiterwohlfahrt konnten sich nur durch Emigration retten, viele wurden in den Gefängnissen und KZ's der Faschisten gefoltert und ermordet.

Unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus im Jahre 1945 nahm die Arbeiterwohlfahrt ihre Arbeit wieder auf. Die erste Reichskonferenz nach dem Krieg fand im Mai 1947 in Kassel statt. Die Hauptgeschäftsführerin Lotte Lemcke erklärte in ihrem ersten Geschäftsbericht nach der Wiedergründung: "Die Arbeiterwohlfahrt nach ihrer Neugründung ist - im Gegensatz zu früher - eine selbständige und unabhängige Organisation. Sie bekennt sich zum demokratischen Sozialismus; in der Verfolgung ihrer Wohlfahrts- und sozialpolitischen Ziele bejaht sie die politischen Grundsätze der SPD und arbeitet kameradschaftlich mit ihr zusammen. Oberster Grundsatz der praktischen Arbeit ist nach wie vor, daß die AWO ihre Hilfe ohne Ansehen politischer oder konfessioneller Zugehörigkeit gewährt."

In dem 1998 auf der Bundeskonferenz der AWO verabschiedeten Leitbild heißt es: Wir bestimmen unser Handeln durch die Werte des demokratischen Sozialismus: Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Der demokratische Sozialismus ist wichtige Orientierung der Arbeiterwohlfahrt seit ihrer Gründung. Seine Werte haben nichts an Aktualität und Bedeutung verloren.

● **Solidarität** bedeutet, über Rechtsverpflichtungen hinaus durch praktisches Handeln füreinander einzustehen. Solidarität ist Stärke im Kampf um das Recht. Wir können nur dann menschlich und in Frieden miteinander leben, wenn wir füreinander eintreten und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal anderer überwinden. Wer in Not gerät, kann sich auf die Solidarität der Menschen in der Arbeiterwohlfahrt verlassen.

● **Toleranz** bedeutet nicht nur, andere Denk- und Verhaltensweisen zu dulden, sondern sich dafür einzusetzen, dass jedermann und besonders Minderheiten sich frei äußern können, in ihrer Religion und Weltanschauung nicht eingeschränkt werden und so leben können, wie sie es für angemessen halten. Toleranz endet dort, wo sie Gefahr läuft, missachtet und missbraucht zu werden. Solchen Gefahren stellt sich die Arbeiterwohlfahrt entgegen.

Fortsetzung von Seite 2

● **Freiheit** ist die Freiheit eines jeden, auch des Andersdenkenden.

Freiheit bedeutet, frei zu sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht. Freiheit bedeutet, die Möglichkeit zu haben, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und an der Entwicklung eines demokratischen, sozial gerechten Gemeinwesens mitzuwirken. Nur wer sich sozial gesichert weiß, kann die Chancen der Freiheit nutzen.

● **Gleichheit** gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor dem Gesetz, gleiche Chancen, am politischen und sozialen Geschehen teilzunehmen, das Recht auf soziale Sicherung und die gesellschaftliche Gleichstellung von Frau und Mann.

● **Gerechtigkeit** fordert einen Ausgleich in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.

Die Arbeiterwohlfahrt ist ein Mitgliederverband, der für eine sozial gerechte Gesellschaft kämpft und politisch Einfluss nimmt. Dieses Ziel wird durch ehrenamtliches Engagement und professionelle Dienstleistungen verfolgt.

Für die Arbeiterwohlfahrt steht der Mensch im Mittelpunkt. Bei allen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen sind für die AWO die soziale Verantwortung und die Orientierung am Gemeinwesen bestimmend. Die Betriebswirtschaft hat dienende Funktion.

Ihre Aktivitäten finanziert die Arbeiterwohlfahrt aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, öffentlichen Zuwendungen und Entgelten für Dienstleistungen. Regelmäßig werden deren sachgerechte und rechtmäßige Verwendung durch interne und externe Prüfungen und Beratungen kontrolliert. Regelmäßig wird auch der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft über die Tätigkeiten der AWO abgelegt.

Die AWO im Kreisverband Wiesbaden hat rund 1700 Mitglieder, die in 18 Ortsvereinen aktiv sind.

Die AWO Wiesbaden ist verantwortlich für folgende Einrichtungen:

Altenhilfezentrum Robert-Krekel-Haus; Anny-Lang-Haus; Kindertagesstätten in Biebrich, Unter den Eichen, an der Gabelsbergerstraße, in Heßloch und Mainz-Kastel; ein Frauenhaus.

Die AWO betreibt eine Beratungsstelle für Asylsuchende, bietet Schülerhilfe und Stadtranderholung und unterhält verschiedene Altenclubs in unterschiedlichen Stadtteilen. In der Internationalen Familienbildungsstätte wird Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern die Integration in unsere Gesellschaft z.B. durch Deutschkurse ermöglicht.

Neben all diesen Angeboten sind die traditionellen Veranstaltungen der AWO Wiesbaden sehr bekannt und beliebt: die 1. Mai-Veranstaltung, das Familienfest am Fronleichnam, das Oktoberfest und der Weihnachtsmarkt.

Um all diese Angebote und Dienstleistungen adäquat durchführen zu können, legt die AWO großen Wert auf die stetige fachliche und persönliche Entwicklung ihrer ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch interne und externe Qualifizierungsmaßnahmen.

Sie motiviert zum ehrenamtlichen Mitarbeiten, fordert Einsatz und fördert Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Bei der Weiterentwicklung und Erneuerung des Verbandes wird die Mitarbeiterschaft beteiligt. Die Arbeitsstrukturen werden kooperativ, human, funktional und wirtschaftlich gestaltet.

Nur wenn diese Ansprüche in der Praxis umgesetzt werden, können sich Mitglieder und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Verband identifizieren.

Mitglieder sind herzlich willkommen. Der monatliche Mindestbeitrag beträgt 2.50 Euro; ab 4.00 Euro ist eine Familienmitgliedschaft möglich. Jede Familie erhält ein Mitgliedsbuch und jeder Partner kann das satzungsmäßig geregelte Wahlrecht ausüben.

Interessenten wenden sich an den **AWO-Kreisverband Wiesbaden, Kastellstraße 12, 61583 Wiesbaden, Telefon 0611-953190** oder an die Vorsitzende des **AWO-Ortsvereins Nordenstadt (K. Kiehne, Goethering 26, Telefon 14488)**.



Aus der Stadtverordnetenversammlung

Eine gute Tat muss man der Wiesbadener FDP zugute halten: nach der Kommunalwahl hatte sie in einem Anfall von Selbsterkenntnis darauf verzichtet, das Dezernat für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt mit einem ihrer "heimischen Gewächse" zu besetzen. Stattdessen wurde mit Prof. Pös ein Kandidat angeworben, der neben dem richtigen Parteibuch auch Fachkompetenz vorweisen konnte.

Inzwischen zeigen sich leider auch die Schattenseiten der guten Tat. Vor allem war die Gier der Liberalen nach ihrer vierjährigen Rathaus-Abstinenz so groß, dass sie dem Dezernenten eine Überfülle von Zuständigkeiten aufbürdeten. Nun sucht er sich in guter Rosinenpicker-Manier die schönsten Stücke heraus. Immer wieder beglückt er das Publikum mit wunderbaren Wettbewerben und Bürgerbeteiligungen, z.B. zur Gestaltung des Kranzplatzes. Dass für die Umsetzung häufig das Geld fehlt, kommt nur im Kleingedruckten vor.

Über angefangene Aufgaben, wie etwa die Neugestaltung des "Platz der Deutschen Einheit", wird beharrlich geschwiegen. Unliebsames, wie etwa der Umweltbereich, wird links liegen gelassen. Nur halbherzig versucht der Stadtrat, zum Beispiel im Fall der Baumschutzsatzung, gegen schwarz-gelbe Kahlschlagmentalität aufzumucken.

Der traditionsreiche Umweltausschuss, von der "Gestaltungsmehrheit" aus CDU und FDP um

die Zuständigkeit "Sauberkeit" erweitert, verkommt zu einer parlamentarischen Putzkolonne. Statt die erkennbaren Defizite Wiesbadens in den Bereichen Gartenkunst und Grünpflege kompetent in Angriff zu nehmen, wird gehorsam abgesehnt, was die Pfennigfuchser und Putzteufel sich ausdenken: die Zerschlagung des Grünflächenamtes, die Einsortierung der gärtnerischen Aufgaben unter ein organisatorisches Dach aus dem Entsorgungsbereich(!). Die Restbestände der Grün- und Freiflächenplanung wurden gerade noch als Abteilung des Stadtplanungsamtes vor dem Zugriff der Entsorger gerettet.

Dabei hätten die Entsorgungsbetriebe mit ihrem eigentlichen Kerngeschäft wahrlich genug zu tun. An der Seite des Oberbürgermeisters mit dem Besen in der Hand zu posieren reicht sicher nicht, um den unbefriedigenden Reinigungszustand Wiesbadens zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund erstaunt umso mehr, dass sich Pös & Co. ein neues Großprojekt vorgenommen haben: ausgerechnet die Bewerbung um die Bundesgartenschau 2019 haben sie sich auf die Fahnen geschrieben! Man darf gespannt sein auf das Motto der Veranstaltung. Wie wär's mit "Glatt und sauber"?

Glatt und sauber sieht es auch im Bereich Verkehrsentwicklung aus: außer Spesen nichts gewesen. Nach dem von der FDP befohlenen Aus für die Stadtbahn ist ein neuer planerischer Ansatz nicht erkennbar. Und selbst

winzig kleine Maßnahmen wie z.B. die von Pös geplante Anpassung der Radwege an die neue Straßenverkehrsordnung werden von den christdemokratischen Sparbrötchen niedergestimmt.

Die letzte Meisterleistung der Gestalter war die Posse um den Brunnen auf dem Dern'schen Gelände, der als Geschenk für den selbsternannten Geschmackspapst Michael von Poser und seinen "Bürgerbeirat" gedacht war. Mit großer Geste wollte sich Stadtrat Pös die Auslobung eines 50 000 Euro teuren Gestaltungswettbewerbs absegnen lassen, was auch fast geklappt hätte. In letzter Minute war aber offenbar sogar den braven FDP-Gefolgsleuten aufgefallen, dass es sich ohne finanzielle Absicherung des Brunnenbaus - noch einmal mindestens 1 000 000 Euro! - nur um eine Mogelpackung handeln kann. Sang- und klanglos wurde der Brunnen also kurzerhand von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung entfernt.

Außer Spesen ...

Ruth Kiehne

Baumschutz(?)satzung

Bereits Monate vor der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung über Änderung oder Abschaffung der Baumschutzsatzung hatten sich Fachgremien mit Warnungen vor dem zu erwartenden Kahlschlag zu Wort gemeldet. Vom Naturschutzbeirat über den Beirat für Städtebau und Architektur bis zum Bürgerbeirat wurde unisono dringend von einer Abschaffung abgeraten. Alles vergeblich: CDU und FDP erwiesen sich als völlig beratungsresistent und keinem Kompromissvorschlag zugänglich. Nun, 4 Monate nach dem Abschaffungsbeschluss, haben wir den Salat - besser gesagt das Kleinholz.

Auch die SPD-Fraktion hatte im Dezember 2002 für eine maßvolle Reform der Satzung plädiert. So wäre z.B. der Geltungsbereich auf die Kernstadt und Biebrich beschränkt worden, in Nordenstadt und anderen Vororten wäre sie also auch nach dem Kompromissvorschlag der SPD nicht mehr gültig. Was sich allerdings in den letzten Monaten entwickelt hat, kann man nur mit Kahlschlagmentalität bezeichnen. Alle Beschwichtigungsversuche des Magistrats, dass der wirklich schätzenswerte Baumbestand ohnehin durch Bebauungspläne oder Denkmalschutzrecht geschützt seien, erweisen sich als leeres Gerede. Der Grundsatz "wo kein Kläger, da kein Richter" führt bei der offenbar durch die große Zahl der Fälle überforderten Verwaltung zum Gewährlassen der Kettensägenhelden. Schade, dass damit eine der besonderen Qualitäten Wiesbadens, die Durchgrünung weiter Teile der Kernstadt, verloren zu gehen droht. Von Seiten der "Gestaltungsmehrheit" wird zwar versprochen, man wolle nach einigen Jahren der Erprobung erneut prüfen, ob die Satzung nicht vielleicht doch sinnvoll sein könne, doch das klingt eher nach einer Drohung.

Vielleicht denken die Christdemokraten einmal über den Sinn des Satzes von Martin Luther nach, der noch am Tag vor dem Weltuntergang ein Apfelbäumchen pflanzen wollte. Das Pflanzen eines Baumes, dessen Lebenserwartung über die eigene hinausreicht, hatte einmal eine besondere Bedeutung. Das gegenwärtig angesagte Abholzen lästiger Herbstlaubproduzenten auch? RA

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Birgit Pintaric, Hessenring 6
Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26
Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14
Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6

"Dreck-weg?"



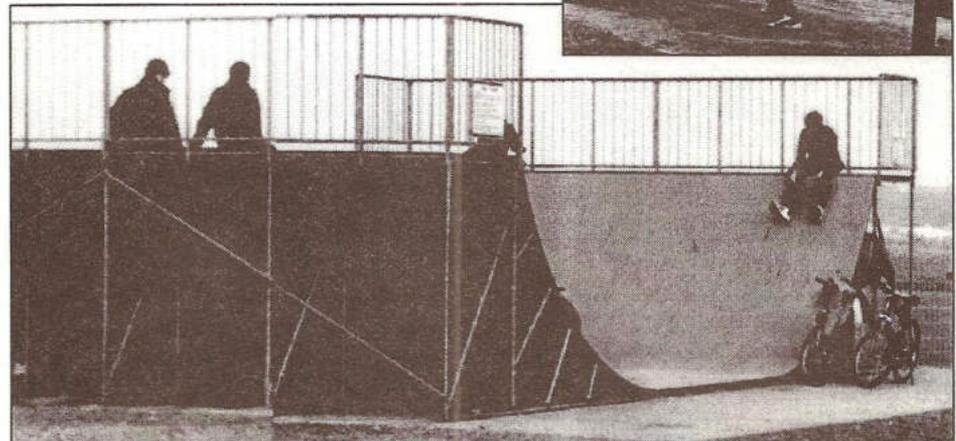
Die Berichte über den "Dreck-weg-Tag" waren noch druckfrisch in Erinnerung als sich die Mitglieder der SPD-Nordenstadt auf den Weg machten, ihren Teil zum sauberen Nordenstadt beizutragen. Ob's wohl überhaupt noch was zu reinigen gab? Diese Frage war in wenigen Minuten beantwortet: mehrere Müllsäcke füllten sich in kurzer Zeit und die Erkenntnis wurde erneut bestätigt, dass es offensichtlich jede Menge Mitmenschen

gibt, die sich um ihre/unsere Umwelt absolut keine Gedanken machen. Oder warum kann trotz Dosenpfand nicht erreicht werden, dass Dosen einfach zurück gegeben und nicht ins Gebüsch geschmissen werden?

Unser Foto zeigt von links: Dietmar Nowak, Gabi Wahler, Klaus Büttner, Birgit Pintaric, Klaus-Dieter Jung, Karl-Heinz Müller (verdeckt mit Hut) und Karl-Heinz Eischer

Was lange währt, wird endlich gut?

Es ist nun der dritte Versuch, einen Standort für die Halfpipe-Anlage für Nordenstadts Jugendliche zu finden. Kurz vor Ostern wurde der neue Standort hinter dem Fußballplatz Nordenstadts offiziell eingeweiht. Zusätzlich zur Halfpipe wurde ein Basketballkorb angebracht. Die Jugendlichen haben's mit Freude angenommen und den Platz gleich entsprechend mit Leben gefüllt. Hoffentlich ist es nun auch der Standort, der den Jugendlichen erhalten bleibt!





Nordenstadt Nachrichten

27. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Juli/August 2003

Schildbürgerplanung mit Friedhofsblick

Nordenstadt hatte bis vor kurzer Zeit so einige bauliche Kuriositäten zu bieten. Schon länger verschwunden ist das "offenliegende Bad in erster Etage" an der Ecke Heerstraße / Eichendorffweg, an dem besonders die eingekachelte Seifenschale als lokale Besonderheit ins Auge fiel. Weniger amüsant waren da schon die Gewächshäuser der ehemaligen Rosengärtnerei an der Oberpfortstraße, die seit der Geschäftsaufgabe Anfang der 90er Jahre vor sich hin gammelten und mit ihren zerschlagenen Glasscheiben zunehmend einen Eindruck von Nachkriegszustand erweckten. Umso größer die Erleichterung, als nach zehnjährigem Verfall endlich aufgeräumt und damit auch ein Sicherheitsrisiko beseitigt wurde.

Die Nordenstadter SPD hatte schon länger für diese Brache eine Nutzung als Friedhofserweiterung und als Grünfläche geplant. Eine Bebauung schien sowohl aus Verkehrsgründen als auch wegen des unmittelbar angrenzenden Friedhofs ausgeschlossen. Wer möchte schließlich bei der Beerdigung seines Angehörigen direkt nebenan eine Grillparty oder einen Kindergeburtstag haben?

Da hatten wir aber die Rechnung ohne die örtliche CDU gemacht! Ortsvorsteher Pfeifer und seine christdemokratischen Vorkämpfer gegen die Nordenstadter Verkehrskatastrophe erwiesen sich auf einmal als ebenso muntere Vorkämpfer für ein Bauvorhaben, dem man wohl am besten den Namen "Friedhofsblick" geben sollte. Im Rahmen einer Bürgerversammlung vor der letzten Ortsbeiratssitzung wurde erläutert, was die ehemaligen Rosengärtner mit Unterstützung des Stadtplanungsamtes und der CDU Nordenstadt so planen:

- 5 Mehrfamilienhäuser mit 2 Tiefgaragen an der Oberpfortstraße
- 5 gereichte Wohnhäuser mit Garagen, Carport und Stellplätzen am Holzweg
- Unterkellertes Garagengebäude am Holzweg
- Ausbau mit Verbreiterung des Holzweges auf einer Länge von ca. 92 m in einer Breite

Übersicht über den Planungsbereich



von insgesamt 4,50 m (gemeint ist der bisher schmale Stichweg vom "eigentlichen" Holzweg Richtung Friedhof)

Für den Verkehr erschlossen werden soll der "Friedhofsblick" auf so geniale Art, dass die Verkehrsexperten von der CDU einfach begeistert zustimmen mussten, nämlich: durch zwei Tiefgaragenein- und -ausfahrten an der Oberpfortstraße und über den künftig komfortabel breiten Friedhofsstichweg zum Holzweg!

In einem Anfall kollektiver Amnesie war den Christdemokraten offenbar entfallen, dass beide Straßen immer wieder und unstrittig als meistbelastete Straßen unseres Vororts

ausgemacht wurden, und auch, dass in jahrelanger Kleinarbeit gerade an der besonders gefährlichen Ortseingangssituation am Holzweg eine nicht ganz billige Fußgängersicherungsanlage errichtet wurde.

Mehr Durchblick beim "Friedhofsblick" hatten die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht genug über die Schildbürgerplanung wundern konnten und reichlich Kritik übten, besonders hinsichtlich der programmierten Verkehrsprobleme. CDU/FDP ließen sich jedoch nicht beirren. Bereitwillig wurde die Hand gehoben - zum Wohle Nordenstadts? Da habe ich erhebliche Zweifel!

Ruth Akasoy

Ausbildungsmisere? – Wunsch und Wirklichkeit

Noch haben nicht alle Schulabgänger, die in diesem Jahr eine Berufsausbildung beginnen möchten, ihren Wunsch-Ausbildungsplatz gefunden. Wie schon in den vergangenen Jahren klafft auch heuer wieder eine Lücke zwischen der Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden und der Zahl der von Handwerk, Handel, Verwaltung und Industrie (die Aufzählung ist bei weitem noch nicht vollständig) angebotenen Ausbildungsplätze.

Um diese Lücke möglichst zu minimieren, sind die verschiedensten Ausbildungsplatzinitiativen entstanden, allen voran die der Bundesregierung, die gemeinsam mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften in der **Ausbildungsoffensive 2003** nicht nur auf die prekäre Lage hinwies, sondern sie vereinbarten auch Initiativen zur Erschließung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Edelgard Bulmahn, nutzen fast jeden öffentlichen Auftritt, um bei den Verantwortlichen in den Unternehmen für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsstellen zu werben. Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern lassen ihre AusbildungsberaterInnen bei den Mitgliedsbetrieben "Klinken putzen", um weitere Plätze zu requirieren. Aber auch BürgerInnen engagieren sich für dieses gesellschaftliche Problem, das in der Vergangenheit gern den professionell damit befassten Stellen (Arbeitsämtern, Kammern und Verbänden) überlassen wurde. Besonders verdienstvoll sind Initiativen von Schulen, Eltern und Kirchengemeinden, die für zusätzliche Ausbildungsplätze aktiv geworden sind und zum Teil sehr erfolgreich meist bei Kleinbetrieben vor Ort für zusätzliche Ausbildungsplätze werben. Diese Situation ist neu und ich finde sie höchst erfreulich. **"Erfolg braucht alle"** war ein Teil des Mottos, das anlässlich des Ausbildungsgipfels Ende April in Berlin gewählt wurde und dessen Richtigkeit sich in der Praxis bestätigt.

Doch viele fragen sich: **Warum fehlen so viele Ausbildungsplätze?**

Ohne Zweifel ist die bestehende Lücke größer als in den letzten Jahren, wobei verbindliche Zahlen erst nach dem Stichtag 1. September die tatsächliche Lücke aufzeigen werden. Spätestens im nächsten Berufsbildungsbericht des Bildungsministeriums werden endgültige Zahlen vorliegen und die Situation im Vergleich zu 2002 bewertet werden können. In 2002 wurden rund 572.000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, die Zahl der unvermittelten BewerberInnen betrug bundesweit 23.383.

Sind es die Unternehmer, die Ausbildungsplätze einfach gestrichen haben?

Wer so die Schuldigen ausdeutet, macht es sich zu leicht. Tatsache ist, dass nur ein kleiner Teil der Betriebe (ca. 25%) ausbildet, aber es ist auch nicht jeder Betrieb **ausbildungsfähig**. Nach Darstellung der Kammern bilden ca. 55 Prozent der ausbildungsbefähigten Betriebe aus. Der Rückgang an

Ausbildungsplätzen bei den Privatunternehmen hat seine Ursache auch in der schwierigen wirtschaftlichen Lage, die sich durch strukturelle und konjunkturelle Probleme bei zunehmend mehr Betrieben drastisch bemerkbar macht. Die große Zahl an Insolvenzen ist ein Beleg dafür.

Oft wird auch übersehen, dass viele öffentliche Verwaltungen in Zeiten defizitärer Haushalte Ausbildungsplätze gestrichen haben. Dies dürfte für jeden deutlich machen: Ausbildung kostet etwas.

Obwohl die Bundesregierung bereits umfangreiche Erleichterungen, wie die Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung für ausbildungswillige Betriebe, beschlossen hat, gibt es für die Kammern weiterhin hemmende Rahmenbedingungen. Die tarifvertraglich geregelte einjährige Übernahme in ein Arbeitsverhältnis, der hohe schulische Anteil und ständig steigende Ausbildungsvergütungen gehören nach Ausführungen eines Kammervertreters anlässlich des DIHK-Ausbildungskongresses vom 26./27. Juni in Frankfurt unbedingt dazu.

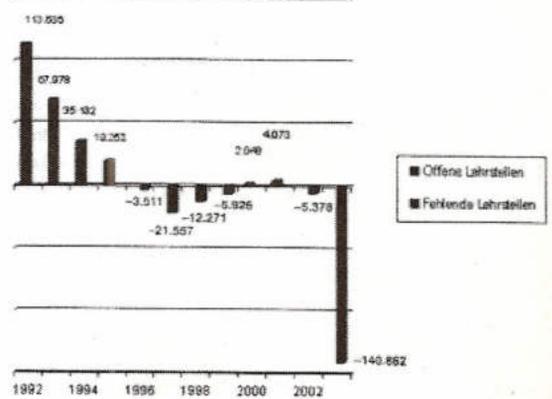
Trotz aller Anstrengungen wird auch dieses Jahr eine größere Lücke nur durch das Angebot von zusätzlichen Qualifizierungsmaßnahmen für **ungenügend vorbereitete Schulabgänger** zu verkleinern sein. Es gibt nicht wenige Ausbildungsplatzsuchende, die deshalb keinen Ausbildungsplatz finden, weil Berufswunsch und eigene Leistungsfähigkeit nicht übereinstimmen. Solche **Bewerber sind für ihren Wunschberuf nicht ausbildungsreif**.

Eine realistischere Berufswahl könnte hier zur Verringerung der beschriebenen Lücke beitragen, denn es bleiben wohl auch in diesem Jahr wieder viele Ausbildungsstellen unbesetzt.

Nach Angaben des BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) sind 12 Prozent der Schulabgänger nicht ausbildungsreif. Die **PISA-Studie** geht sogar von einem Anteil von 24 Prozent aus. Dabei sind nicht nur große Defizite in Mathematik und Deutsch zu beklagen, es mangelt häufig auch an sozialer Kompetenz.

In manchen Schulen und Betrieben, organisiert von Arbeitsämtern und Kommunen, wurden und werden auch dieses Jahr wieder zusätzliche kostenverursachende Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt, um Versäumnisse auf dem normalen Sozialisierungs- und Bildungsweg zu kompensieren. Die Schulen sind auch dank PISA wieder in das allgemeine Interesse gerückt und im Einzelfall gibt es schon Reform-Modelle, die zu großer Hoffnung berechtigen. Dabei wird

Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt



inzwischen von vielen Schulleitern und Pädagogen anerkannt, dass die **Vermittelbarkeit** ihrer Schüler das absolut Wichtigste ist, was besonders von Haupt- und Realschulen zu leisten ist. Selbst eine Frankfurter Sonderschule konnte die Vermittlungsquote ihrer Schulabgänger seit 1996 von ca. 6 Prozent auf ca. 60 Prozent verbessern. Es gibt viele weitere Beispiele, die Mut machen und es ist Aufgabe der Politik auf allen Ebenen, diese zu fördern.

Der Zielvorgabe der Bundesregierung, **„jedem Jugendlichen, der will und kann, auch in diesem Jahr ein Ausbildungsplatzangebot zu unterbreiten“**, kann unter Berücksichtigung des vorher Gesagten nur zugestimmt werden.

Mit einer Ausbildungsplatzabgabe alleine dürften wir diesem Ziel aber nicht näher kommen. Ein nicht zu unterschätzender Verwaltungsaufwand und eine weitere Verschulung der Berufsbildung wären wahrscheinlich die Folge.

Wenn die Lücken zwischen Ausbildungsplatznachfrage und Ausbildungsplatzangebot sowie zwischen Berufswunsch und Ausbildungsfähigkeit geschlossen werden sollen, müssen nicht nur die Betriebe sondern auch Schulen, Eltern und die betroffenen Jugendlichen noch flexibler werden. Unser Duales Berufsbildungssystem hat uns in der Vergangenheit nicht nur vor einer größeren Jugendarbeitslosigkeit bewahrt, es war auch der Garant für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

KHE (selbst seit vielen Jahren Ausbilder in einem Industriebetrieb)

IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Birgit Pintaric, Hessenring 6

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32;
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6

Christdemokraten nach der OB-Wahl: Konsens?–Dissens?–Nonsens?

Seit dem Mai sind nun in der Landeshauptstadt Wiesbaden die Wahlkämpfe des Jahres 2003 vorbei. Der neue Ministerpräsident heißt wieder Koch - leider. Auch der neue Oberbürgermeister ist der Alte - leider.

Eigentlich war zu erwarten, dass vor allem die Wiesbadener CDU nun ein Interesse hätte, den bevorstehenden Blut-Schweiß- und-Tränen-Haushalt der Stadt auf eine festere Grundlage zu stellen, sprich: wieder die Zusammenarbeit mit der SPD zu suchen. Noch am Wahlabend sah es auch so aus, als stünden bei den Christdemokraten alle Signale auf "Konsens".

Noch einmal zur Erinnerung: nach der Kommunalwahl 2001 hatten sich CDU, SPD und FDP in einem "Konsenspapier" auf ein Paket von Gemeinsamkeiten in politischen und personellen Fragen geeinigt. Je näher allerdings der OB-Wahltermin rückte, umso ausgeprägter wurde bei der CDU der "Dissens-Stil", umso häufiger wurde statt der Gemeinsamkeit der Demokraten die "Hirzel-Mehrheit" bemüht. Mit dem ehemaligen Rep-Stadtverordneten Hans Hirzel wurden dann schließlich auch die 25 Hilfspolizisten des OB Diehl (CDU) am Haushalt vorbei durchgedrückt, ohne Frage eine gezielte Provokation, um den Konsens mit der SPD endgültig zu torpedieren. Um weiteren Aktionen dieser Art einen Riegel vorzuschieben, entschied sich die SPD folgerichtig, den nunmehr "Schein-Konsens" aufzukündigen.

Seit Wochen vergeht nun kein Gespräch eines SPD-Kommunalpolitikern mit politisch Interessierten, ohne dass irgendwann die Frage nach den erneuten Konsens-Chancen gestellt wird. "(Wann) wird es denn nun etwas mit der CDU?"

Aufschluss darüber könnte nur die CDU selbst geben, die SPD hat schließlich längst durch einen Parteitagbeschluss ihr "Anti-Konsens-Signal" aufgehoben.

Seitdem eiert die Union, sendet Signale hierhin und dorthin, verschleppt und verzögert, und ist sich vor allen Dingen erkennbar nicht einig, wo's denn hingehen soll. Außerdem hat sie sich offenbar auf Gedeih und Verderb an die FDP verhandelt, ohne die wohl kein eigenes Schritchen gegangen werden darf. Angesichts des desolaten Zustands der FDP-Fraktion, deren ehemaliger Parteichef inzwischen (wenig geliebtes) Mitglied der CDU-Stadtverordnetenfraktion ist und deren aktueller Vorsitzender nur von einer Minderheit der Gesamtfraktion gewählt wurde, ein waghalsiger Rüttelschwur der Christdemokraten. Viele in dieser Stadt rätseln immer noch, was die CDU zu dieser Selbstaufgabe, die bereits unmittelbar nach der Wahl mit dem Tod des einstmals so sehr geliebten Stadtbahnprojekts begann, bewogen haben mag - schließlich hat auch und gerade in der Politik alles seinen Preis ...

Die letzte Stadtverordnetenversammlung war nun ein erneutes trauriges Beispiel für die Eierei (das kennt man ja in Nordenstadt!) der Union. Alarmiert durch Berichte von der Klausurtagung der CDU in Gent hatte die SPD-Fraktion beantragt, den Erhalt des Freibades auf der Maaraue fest zu schreiben.

Mit ihren "Genter Beschlüssen" hatte die CDU nämlich (übrigens ohne ihr Mitglied Pfeifer aus Nordenstadt, der sich während dessen lieber auf den Nordenstadter Kulturtagen sehen ließ) laut Presseberichten ihre Leitlinien für die wichtigen Haushaltsberatungen festgezurr. Danach sollen Einrichtungen, die besonders von Nicht-Wiesbadenern genutzt werden, zur Disposition gestellt werden. Namentlich das Freibad Maaraue, das offenbar auch sehr von den Bürgerinnen und Bürgern auf der "ebch Seit" geschätzt wird, und das von zahlreichen Rheingauern besuchte Carl-von-Ossietzky-Gymnasium. Oh Schreck oh Graus, was mag das nur für andere liebgewordene Einrichtungen dieser Stadt bedeuten? Das Staatstheater, Musentempel und Groschengrab zugleich? Oder das Pfingstreitturnier im Biebricher Schlosspark, nicht nur von Rössern und Reitern gern zum Paradieren genutzt, aber leider auch reichlich zuschussbedürftig?? Fragen über Fragen! Die CDU jedenfalls war im Fall "Maaraue" nicht gewillt, die Peinlichkeit einer namentlichen Abstimmung zu riskieren, die ihre Stadtverordneten aus AKK in Gewissensnöte hätte bringen können. Mit ihren inzwischen zur Gewohnheit gewordenen Geschäftsordnungstricks bugsierte sie die Causa Maaraue dahin, wo sie sich heimisch fühlt: von der Tagesordnung ins Hinterzimmer. Man darf gespannt sein, was da ausgebrütet wird.

Das Thema Maaraue nimmt sich aber noch klein aus gegenüber der unendlichen Geschichte des Schulentwicklungsplans. Es lässt sich gar nicht mehr aufzählen, mit welchen Vorwänden und Tricks die CDU, vorneweg ihre Ausschuss-Vorsitzende Scholz, die Verabschiedung eines zukunftstauglichen Plans verhindert. Mit allen Mitteln verhindern die Konservativen, dass endlich alle Eltern ihre Kinder auf die (weiterführende) Schulform ihrer Wahl schicken können. Gerade Frau Scholz hat sich in einer schon kurios wirkenden ideologischen Ablehnung Integrierter Gesamtschulen verrannt. Auf Kosten von Eltern und Kindern, wie leider gesagt werden muss, die von der Union in ihrer Schulwahl auf unerträgliche Weise bevormundet werden. "Freie Schulwahl", seinerzeit CDU-Kampffparole gegen die Förderstufe - längst vergessen? In der Stadtverordnetenversammlung jedenfalls hieß es für eine SPD-Initiative zum Schulentwicklungsplan wieder einmal: Beerdigung per Geschäftsordnung. Die Eltern werden es registriert haben, wie mit ihren Kindern umgegangen wird.

Niemand, schon gar nicht die SPD, bezweifelt die dramatische Lage der städtischen Finanzen. Niemand bezweifelt auch, dass in dieser Lage die Gemeinsamkeit der Demokraten gefordert ist. Zunächst allerdings ist es Aufgabe des Kämmers Dr. Müller (CDU), nachvollziehbare Eckdaten für seinen Haushalt vorzulegen - das fehlt nach wie vor. Und es ist an denen, die sich immer gern "Gestaltungsmehrheit" nennen, taugliche politische Grundlagen für die Haushaltssanierung vorzuschlagen - das fehlt nun erst recht. Offenbar kann man sich in der Wiesbadener CDU ebenso wie bei der Union auf

Bundesebene nicht einig werden, wo die Reise hingehen soll. Eine ebenso schlichte wie kurzsichtige "Wiesbadener-Geld-nur-für-Wiesbadener-Politik" jedenfalls ist aus SPD-Sicht purer Nonsens. Unsere Wirtschaft, unser Einzelhandel würden sich jedenfalls bedanken, wenn Nicht-Wiesbadener in den Besuchs- und Einkaufsstreik träten!

Ruth Akasoy

Sommerlust 2003

Auch in diesem Sommer lädt die SPD-Nordenstadt zu einer Wanderung zur Domäne Mechtildshausen ein. Die in den letzten Jahren sehr nachgefragte Wanderung startet am **2. August 2003 um 12.30 Uhr am Gemeinschaftszentrum Turmstraße (am Heimatmuseum)** und bietet wieder Gelegenheit, den Domänenbetrieb kennen zu lernen. Ehe der Rückweg angetreten wird, gibt's noch Kaffee und Kuchen.

Tops und Flops in der Innenstadt - ein Rundgang mit Ruth Akasoy, planungspolitische Sprecherin der Rathaus-SPD

Vielleicht haben Sie sich schon einmal gefragt, was eigentlich mit dem ehemaligen "ESWE-Hochhaus" am Eingang der Fußgängerzone an der Rheinstraße geschehen soll? Oder warum der Platz der Deutschen Einheit so grausig vor sich hin gammelt, obwohl doch alle Jahre wieder so schöne Pläne für seine Umgestaltung kursieren? Und vielleicht haben Sie in den letzten Wochen die Diskussion um die "Karstadt-Fassade" verfolgt, über deren Neugestaltung die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause entschieden hat?

Interessante Rückblicke, Einblicke und Ausblicke erwarten Sie bei einem Rundgang zu diesen und anderen schönen und schrecklichen Punkten rund um die Wiesbadener Fußgängerzone. "Innenstadtentwicklung" ist das Thema, zu dem Ruth Akasoy, Nordenstadter Stadtverordnete, diesen Rundgang begleiten wird. Als planungspolitische Sprecherin der Rathaus-SPD und Mitglied im Gutachtergremium für die Neugestaltung der Karstadt-Fassade hat sie Vorgeschichte und Entscheidungsprozess aus der Nähe erlebt. Diese Entscheidung war allerdings nur der erste Schritt, bei der Gestaltung des künftigen "Luisenhof-Projekts" der Firma Karstadt zwischen Luisenstraße und Rheinstraße werden die Kommunalpolitiker wieder mitreden, deshalb ist bei diesem Rundgang neben der Information vor allem die Bürgermeinung gefragt.

Treffpunkt:

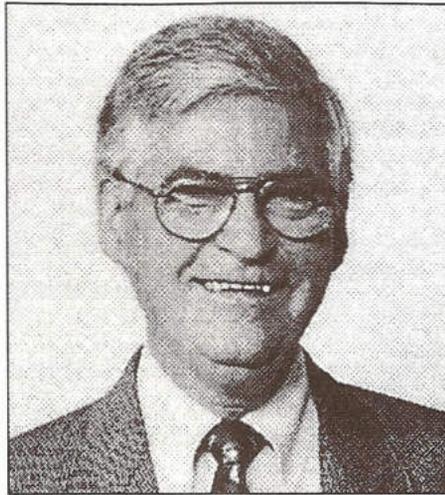
**20. August 2003 - 16.00 Uhr
Kirchgasse Ecke Rheinstraße am
ehemaligen ESWE-Hochhaus**

Aus dem Ortsbeirat

Angst um die Gesundheit der Schulkinder

In der Bürgerfragestunde vor der letzten Ortsbeiratssitzung berichtete die Direktorin der Grundschule über erschreckende Sachverhalte. Die Öffentlichkeit erfuhr, dass das Dach der Schule seit mehreren Jahren kaputt ist. Wasser läuft durch die Decke in die Klassenzimmer, Deckenplatten lösen sich und fallen herunter. In den feuchten Wänden bildet sich Schimmelpilz. Das geschieht alles bei "normalem Verlauf" des Schulbetriebs. Die anwesenden Eltern forderten sofortige Abhilfe, da die Sicherheit und Gesundheit ihrer Kinder gefährdet ist. Die Gefährdung besteht in gleicher Weise für die Lehrer. Bei der Diskussion wurden Mängel in der Behandlung des Problems durch die Verwaltung sichtbar. So dauert es sehr lang bis der Schimmelpilzbefall wissenschaftlich auf seine eventuelle Gefährlichkeit untersucht wird. Das Ergebnis steht noch aus. Für den Fall, dass die Schimmelpilze eine Gefährdung der Gesundheit der Kinder darstellen, müssten die befallenen Klassenräume geschlossen werden, so die Forderung eines besorgten Elternteils.

Der Sanierungsplan des Schulamtes - Sanierung in drei Stufen - konnte von keinem der Anwesenden erläutert werden. So



ist vollkommen unklar, wann die Sanierung (Gesamtkosten 930.000 €) beginnt und welche Arbeiten sich hinter der ersten Sanierungsstufe (120.000 €) verbergen.

Der Ortsbeirat fasste in seiner Sitzung übrigens keinen Beschluss zu dem Sachverhalt. Ein Versuch der SPD-Fraktion wurde vom Ortsvorsteher abgeblockt, und zwar mit Rücksicht auf die Redezeit seines Parteifreundes, des Stadtkämmerers. Im weiteren Verlauf der Sitzung spielte der untragbare Zustand an der Grundschule in Nordenstadt für die Mehrheit aus CDU und FDP keine Rolle mehr. *Dietmar Nowak*



"Reif für die Inseln?" ... fühlten sich die Mitglieder des SPD-Ortsvereins und machten sich an die Arbeit, die Verkehrsinseln am Westring von überschießendem Wuchs und sonstigem Unrat zu befreien. Das Ergebnis kann sich sehen lassen und die Genossinnen und Genossen waren sichlich zufrieden. Von links nach rechts: Karl-Heinz Müller (verdeckt), Dietmar Nowak, Gebhard Gresch, Alexander Slotty. Den Herren kniend zu Füßen: Gabi Wahler und Birgit Pintaric.

1953 - 2003 50 Jahre Evangelischer Kindergarten Nordenstadt

Im Rahmen der 50-Jahr-Feier des Evangelischen Kindergartens Nordenstadt verabschiedete sich Hildegard Schwirth in den Ruhestand. Nicht nur als Erzieherin ist sie bekannt und beliebt: Generationen von Kindern haben bei ihr die ersten musikalischen Schritte gewagt, die Eltern werden sie mit ihrer Gitarre, umringt von kleinen Sängerinnen und Sängern, in Erinnerung haben.

Unser Bild zeigt Hildegard Schwirth in der Jubiläumsausstellung im Kindergarten.



Die Jahreshauptversammlung der SPD

... wenn man sie mit wenigen Worten beschreiben müsste, wären es wohl diese „kontrovers, diskutierfreudig, kritisch, interessant, aufregend, erneuerungsfähig, jugendlich“.

Eine Jahreshauptversammlung, bei der vieles diskutiert wurde, wie zum Beispiel die Arbeit des Vorstandes des Ortsvereins. Lobend, aber auch kritisch wurde über dieses Gremium gesprochen. Ein Rückblick auf das vergangene (Wahl-)Jahr...

So einiges war zu bestreiten, Wahlkämpfe sollten gewonnen werden, gewonnen wurde die Bundestagswahl. Die Landtagswahl war ein schwarzer Tag für die SPD und die Oberbürgermeisterdirektwahl mit einer Wahlbeteiligung lediglich um die 33 % ließ auch den verdienten und erhofften Sieg vermissen. Grund genug für die Mitglieder und den Vorstand der Nordenstadter SPD, Bilanz zu ziehen und zu überlegen, was man anders machen könnte. Eine nicht ganz leichte Aufgabe, die alle bis zu den Kommunalwahlen 2006 beschäftigen wird.

Versammlungsleiter Hans Maus, Vorsitzender aus dem Ortsverein Bierstadt, führte die Mitglieder sicher durch die Sitzung, in der auch die Arbeit des Ortsbeirates zur Sprache kam. Die Arbeit der Fraktionen im Ortsbeirat (SPD, CDU, FDP) wurden von sozialdemokratischen Fraktionsmitgliedern erläutert. Zur Diskussion standen auch die katastrophale Verkehrspolitik der CDU in Nordenstadt sowie einige andere Projekte in Nordenstadt wie die Bebauung des ehemaligen MÖBEL UNGER-Geländes oder die Aktion „Schöneres Nordenstadt“.

Wie vorgeschrieben, fanden auch auf dieser Jahreshauptversammlung wieder Vorstandswahlen statt.

Folgende Positionen sind besetzt worden:

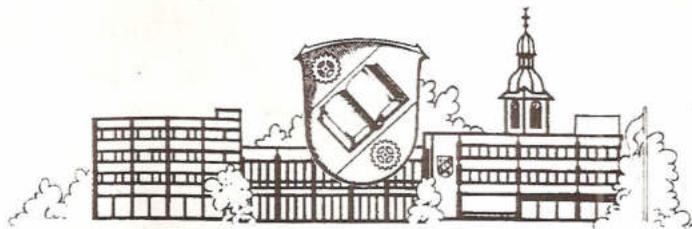
Als Vorsitzende wurde Birgit Pintaric erneut bestätigt und zu ihren Stellvertretern Ruth Akasoy und Klaus Büttner wieder gewählt. Die Kasse übernehmen weiterhin Sonja Elpelt und Karl-Heinz Eischer und als Schriftführer erneut bestätigt wurden Gabi Wahler und Dr. Dieter Deiniger. Zu Beisitzer/innen wurden gewählt:

Alexander Slotty, Klaus-Dieter Jung, Elke Spiekermann, Uwe Waldaestel, Karl-Heinz Müller, Angelika Schmidt, Dr. Gerhard Ubersohn und Gebhard Gresch.

Zu Revisoren wurden Wolfgang Kiehne und Werner Wahler nominiert.

Mit dieser Jahreshauptversammlung wurde ein guter Grundstein für die Kommunalwahl 2006 gelegt: fähiges und erfahrenes Personal sowie neue junge Mitglieder. Die besten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Arbeitsjahr 2003/2004.

ASI



Nordenstadt Nachrichten

27. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Nov./Dezember 2003

Historische Lebkuchen beim Norschter Weihnachtsmarkt



Petrus meinte es wohl gut mit den Nordenstädtern: zwar waren die Temperaturen frostig, doch die Sonne strahlte zum Weihnachtsmarkt vom Himmel. Und sogar der Nikolaus hatte einen Platz in seinem Terminkalender reserviert und war in Begleitung zweier Engelsdamen erschienen. Kein Wunder also, dass großer Andrang am Gemeinschaftszentrum in der Turmstraße herrschte. Einige Hobbykünstler hatten ihre Stände aufgebaut und boten Schmuckstücke, Weihnachtsdekorationen oder handgearbeitete Schals an. Wer keine Lust auf den weihnachtlichen Bummel hatte, der konnte sich bei Reibekuchen und Glühwein schon mal ein bisschen auf die Festtage einstellen. Damit es auch den kleinen Gästen nicht langweilig wurde, konnten sie nach historischem Rezept Lebkuchen wie zur Uromas Zeiten backen. Dass nebenbei auch heftig genascht wurde, versteht sich von selbst!



Tag des Ehrenamtes

Lob und Tadel von Ortsvorsteher Pfeifer

Seit einigen Jahren werden im Rahmen eines Wettbewerbs Beiträge für ein "Schöneres Nordenstadt" gesammelt und durch eine Jury bewertet. Auf Vorschlag von Ortsvorsteher Pfeifer (CDU) werden die Preisträger nun auf Einladung des Ortsbeirats bei einem "Tag des Ehrenamtes" gewürdigt. Sponsoren aus der Wirtschaft und nicht zuletzt die bekannte Kochkunst des Verwaltungsstellenleiters Jochen Carl sorgen dafür, dass die Veranstaltung in einem schönen Rahmen und zur Zufriedenheit aller Beteiligten gestaltet wird. Und der Ortsvorsteher nutzt die Gelegenheit, weiteren verdienten Mitbürger/innen als Anerkennung für besondere Verdienste das Ortssiegel zu überreichen – eine "kleine Bürgermedaille" sozusagen. Allen Geehrten dieses Jahres gratulieren die Nordenstadt Nachrichten auf diesem Wege herzlich. Wir wollen dabei niemanden besonders lobend herausstellen, denn jeder und jede Geehrte hat ein wichtiges Stück dazu beigetragen, dass Nordenstadt ein lebens- und liebenswerter Stadtteil ist. Vielleicht achten unsere Leserinnen und Leser im nächsten Jahr einmal auf die Informationsblätter, mit denen zur Beteiligung am Wettbewerb "Schöneres Nordenstadt" aufgerufen wird.

Und nun zum Schluss noch eine kleine Bitte an den Ortsvorsteher: im nächsten Jahr würden wir uns freuen, wenn er sich an einem solch schönen Abend auf das Loben beschränken würde. Das Anprangern von "Nicht-ganz-so-schönen-Ecken" in Wort und Bild, die von den ortskundigen Gästen problemlos zu identifizieren sind, finden wir fehl am Platze – schließlich wollen wir dem "Lampenrichter" nicht nacheifern, der Nordenstadt bundesweit in ein unschönes Licht gebracht hat.

RA



☆
Allen Leserinnen und
Lesern ein harmonisches
Weihnachtsfest & einen
gelungenen Start
☆ ins Jahr ☆
2004!

Über den Zaun geguckt

Kommunale Verantwortung für alle – Belgien ringt sich durch.

Bei der Kommunalwahl 1993 ermöglichte die SPD-Wiesbaden mit aussichtsreichen Listenplätzen erstmals EU-Bürgern die Mitwirkung in der kommunalen Politik. Damit wurde EU-Recht, das EU-Bürgern in allen EU Ländern das aktive und passive Wahlrecht zugesteht, praktisch Wirklichkeit. In Belgien war man zu dieser Zeit noch lange von der Umsetzung des EU-Rechts in nationales Recht entfernt. Aber für säumige Länder gibt es Zeitgrenzen, deren Überschreitung bis zur Anklage vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg führen kann. Das konnte man in Belgien noch verhindern. Im Jahr 2000 waren erstmals EU Bürger wahlberechtigt und konnten gewählt werden.

Belgien hat eine deutlich längere Gastarbeitergeschichte als Deutschland. Schon 1946 gab es ein Abkommen zwischen Italien und Belgien. Italien schickte Arbeiter für die Kohlengruben und bekam im Gegenzug Kohlelieferungen aus Belgien. Nicht nur die Arbeiter kamen aus Italien, bald zogen auch die Familien nach. Inzwischen ist es ganz selbstverständlich, dass italienischstämmige Belgier bis zu ministerialen Posten aufsteigen. Wer in Belgien geboren wird, erhält die belgische Staatsbürgerschaft, mindestens bis zum 18. Lebensjahr, dann ist der Zeitpunkt, sich für die belgische oder für die Staatsbürgerschaft der Eltern zu entscheiden. Neben den Italienern kamen in Belgien auch Gastarbeiter aus anderen südeuropäischen Ländern. In einem Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung französisch spricht, finden sich auch nordafrikanische Einwanderer schnell zurecht. Etwa zwei Prozent der Bevölkerung sind Ausländer, sie leben vor allem im Großraum Brüssel.

Die Diskussion über die Frage, ob es ein "allgemeines" kommunales Ausländerwahlrecht geben sollte, beendete die föderale Regierung Verhofstadt II im Juli 2003 mit einem eindeutigen "Ja" in ihrer Regierungserklärung. Solche Erklärungen wollen aber umgesetzt werden. Solange politische Versprechen gemacht werden, lebt es sich gut, bei der Umsetzung muss man Position beziehen, die spätestens bei der Abstimmung im Parlament kenntlich wird.

Das Parteiengefüge in Belgien ist anders strukturiert als in Deutschland. Das hängt damit zusammen, dass es hier zwei Landessprachen (mit deutsch eigentlich drei) gibt und eine föderale Struktur, die den Regionen weitreichende Kompetenzen zugesteht. Da gibt es nicht nur eine sozialdemokratische Partei, sondern eine flämische und eine wallonische. Genauso ist es bei den Christdemokraten, den Liberalen und bei den Rechtsradikalen. Man darf nicht einmal voraussetzen, dass die regionalen Parteien einer Couleur, beispielsweise die flämischen und die wallonischen Liberalen, inhaltlich so gut (stimmt auch nicht durchgehend) wie etwa CDU und CSU miteinander auskommen.

Die Regierung Verhofstadt II wird als "lila" bezeichnet, denn sie wird von den flämischen Liberalen und Sozialisten und den wallonischen Liberalen und Sozialisten gestellt. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart worden, dass



jede Partei Gesetzentwürfe einbringen kann, ohne dass dies von den anderen Koalitionsparteien als feindliche Handlung betrachtet werden dürfe. Als schließlich drei Entwürfe der wallonischen Regierungsparteien und der flämischen Sozialisten zum Ausländerwahlrecht vorlagen, wurde es für die flämischen Liberalen eng. Diese wollen partout kein Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger und stehen da nicht allein in Flandern. Denn auch die flämischen Christdemokraten und - wen wundert es - der rechtsgerichtete Vlaams Block streiten vehement gegen das Wahlrecht für Ausländer. In der Wallonie sind dagegen die Christdemokraten und die Grünen für das Ausländerwahlrecht, so dass eine Mehrheit im Parlament von Anfang an sicher war. Alternativen wurden ins Spiel gebracht, flexiblere Einbürgerungsmöglichkeiten oder gar die Anerkennung doppelter Staatsbürgerschaft. Gar die Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz auf die regionale Ebene wurde gefordert, nicht nur, weil man dann in Flandern bestimmt kein Ausländerwahlrecht bekommen würde, sondern weil dies einer Verfassungsänderung bedurfte und damit viel Zeit. Von den drei Entwürfen überlebte der der wallonischen Liberalen, der den kleinsten gemeinsamen Nenner enthielt, nämlich nur das aktive und nicht auch das passive Wahlrecht. Was steht in dem Gesetz? Alle Nicht-EU-Bürger, die mindestens fünf Jahre legal in Belgien leben, können erstmals bei den Kommunalwahlen 2006 Wahlrecht erhalten. Dazu müssen sie sich bei der Gemeinde als Wahlberechtigte anmelden und eine Erklärung unterzeichnen, in der sie bestätigen, sich an die belgische Verfassung zu halten.

Wo liegen die Hintergründe für die unterschiedlichen Positionen? Ganz einfach festgestellt, in der Furcht, eine Entscheidung getroffen zu haben, die vom Wähler bei der nächsten Wahl abgestraft wird. Und diese Wahl ist bald. Gleichzeitig mit der Europawahl am 13. Juni 2004 werden in Belgien die Regionalparlamente gewählt, das Parlament von Flandern, das Wallonische Parlament und das Parlament von Brüssel-Capitale. Da in Flandern bereits bei den letzten Wahlen der Vlaams Block Stimmenzuwachs hatte, sind all die Parteien, deren Wählerschaft nach rechts driften könnte, Gegner des neuen Gesetzes. In der Wallonie ist die Front National politisch unbedeutend, also scheint

es für alle Parteien ungefährlich, dem Ausländerwahlrecht zuzustimmen.

Das Gesetz hat den Innenausschuss der Abgeordnetenkammer des föderalen Parlaments passiert und auch im Innenausschuss des Senats mit den Stimmen aus der Wallonie und den flämischen Sozialisten eine Mehrheit gefunden. Mit allen Tricks wurde in beiden Kammern des Parlaments versucht, die Abstimmung hinauszuschieben. Dabei werden alle demokratischen Mittel ausgenutzt, um die Beschlussfassung mit den lächerlichsten Dingen zu verzögern, wohl wissend, dass dieses Unterfangen nicht erfolgreich enden kann. In der Presse wurde dies als ein beschämendes Schauspiel bewertet.

Mit Meinungsumfragen wird der "Krieg" um das Ausländerwahlrecht weiter angeheizt. Obwohl sich bei zurückliegenden wissenschaftlichen Erhebungen eine Mehrheit der Belgier für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ausgesprochen hatte, werden jetzt Umfrageergebnisse mit kleinstem Quorum an Befragten als Meinung der Mehrheit der Bürger ausgegeben. Die Zeitungen vor allem in Flandern mischen hierbei kräftig mit. Ob das Taktieren der flämischen Liberalen, die den flämischen Sozialisten die Schuld für die Verabschiedung des Gesetzes in die Schuhe schieben wollen, sich in einem besseren Wahlergebnis für die Liberalen niederschlägt, bleibt abzuwarten. Eher besteht die Gefahr, dass den Rechtsradikalen weiter der Boden bereitet wird. Die Befürworter halten es für richtig, dass diejenigen, die Steuern zahlen, auch das Recht erhalten, über deren Verwendung mitzubestimmen. Sie erwarten eine bessere Integration der Ausländer und halten das Wahlrecht einfach für ein Menschenrecht. Ministerpräsident Verhofstadt, ein flämischer Liberaler, ist so gut wie abgetaucht. Was keiner möchte, ist eine Koalitionskrise. Am 11.12.03 hat nun der Senat das Gesetz mit 41 gegen 29 Stimmen angenommen. Integration von Ausländern ist ein jahrhundertaltes Thema. Waren Ausländer als besonders talentierte Arbeitskräfte, wie beispielsweise die Flamen bei der Trockenlegung von Feuchtgebieten, erwünscht, so klappte es mit der Integration besser, als wenn es nur darum ging, billige Arbeitskräfte anzuheuern. Belgien hat als liberaler Staat Tradition. Flandern hat über Jahrhunderte vom Waren- und Kulturaustausch in Europa profitiert. Dass in Flandern der Vlaams Block 20 % Stimmenanteil erhält, in der Hafenstadt Antwerpen sogar noch mehr, macht Sorge. Es gibt sicher keine Modelllösung für die Integration von Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen, wegen politischer oder religiöser Verfolgung nach Europa kommen. Wenn diese Menschen aber dauerhaft bei uns leben, müssen wir Demokraten genug sein, ihnen auch politische Mitwirkung zuzugestehen, das Wahlrecht auf kommunaler Ebene.

Gertrud und Nils Jensen

Nils Jensen ist seit vielen Jahren stellvertretender Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union; Gertrud Jensen arbeitet als Studioassistentin im Studio Brüssel von HR und RBB.

Aus der Stadtverordnetenversammlung

Nach dem Ende des Konsenses

Im Sommer war mein Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung noch unterteilt mit der Frage: Konsens? - Dissens? - Nonsense? - Inzwischen hat der SPD-Parteitag die klare Entscheidung getroffen, alle Konsensbemühungen einzustellen und Stadtpolitik aus der Oppositionsrolle zu betreiben. Das bedeutet keineswegs Neinsagerei, aber eben auch keine faulen Kompromisse um des lieben Friedens willen. Sozialdemokraten werden damit auch wieder ein Stück erkennbarer.

Ebenfalls immer erkennbarer wird aber leider auch die "Hirzel-Mehrheit": CDU, FDP und der ehemalige Rep-Stadtverordnete Hans Hirzel.

Die letzte Sitzung vor der Weihnachtspause ließ diese "Mehrheit" in einem Licht erscheinen, das so gar nichts mit Frieden und Versöhnung zu tun hatte. Im Gegenteil. Die Grünen-Fraktion hatte beantragt, die Mitarbeiter des Stadtarchivs zu rehabilitieren, die von dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Lorenz als "fachlich und charakterlich ungeeignet" beschimpft worden waren. Anlass: diese hatten im Auftrag der Schul- und Kulturdezernentin Rita Thies eine Stellungnahme zu antisemitischen Inhalten in Texten des volkstümlichen Dichters Rudolf Dietz sowie zu Indizien für seine völkische Gesinnung über seine bekannte NSDAP-Mitgliedschaft hinaus abgegeben. Es sollte die Eignung Dietz' als Namensgeber der Nauroder Grundschule überprüft werden, da nach hessischem Recht strenge Maßstäbe an solche Namensgeber für Schulen anzulegen sind. Diese Stellungnahme der Stadtarchivare war dem CDU-Mann Lorenz offenbar zu kritisch ausgefallen und hatte ihn zu seinen diffamierenden Äußerungen verleitet, die ihm seitdem ein verheerendes Presseecho bescheren. Und weil das Machtgefüge innerhalb der "Mehrheit" im Rathaus so fragil ist, hat seitdem offensichtlich bis hin zum Oberbürgermeister niemand den Mumm oder die Macht, Herrn Lorenz zum geordneten Rückzug, sprich zu einer längst überfälligen Entschuldigung bei den verunglimpften städtischen Mitarbeitern zu veranlassen. Risiken und Nebenwirkungen dieses halsstarrigen Verhaltens wurden nun in der vorweihnachtlichen Sitzung überdeutlich. Schnell hatte sich die Debatte vom eigentlichen Anlass entfernt. Immer wieder traten Hirzel und seine ehemaligen Fraktionskollegen von den Reps ans Mikrofon, um mit unsäglichen Argumentationen ihre Sicht von Antisemitismus, völkischer Gesinnung und "jüdischem Bolschewismus" im Allgemeinen und Rudolf Dietz im Besonderen kund zu tun. So bezeichnete Hirzel das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als "völkisch" und die Einstellung Adolf Hitlers zu den Juden als "Spleen". Eine Wiedergabe weiterer Rep-Argumentationen möchte ich mir und den Lesern ersparen. Auch der einstige FDP-Vorsitzende, heutige CDU-Stadtverordnete und bekennende Hirzel-Freund Krakowka sparte nicht mit Kritik an



der Schuldezernentin, weil sie auf dem armen toten Dietz "herumtrampelte". Neben SPD, Grünen und Linker Liste reagierte auch eine Minderheit der CDU- und FDP-Frakturen angewidert und bestürzt auf diese Art von Debatte, die von der Stadtverordnetenvorsteherin Angelika Thiels (CDU) zugelassen wurde. Aber eben nur eine Minderheit: die Mehrheit ist in den schwarzen und gelben Fraktionen ist offenbar finster entschlossen, ihr Wohl und Wehe in der Stadtpolitik von Menschen abhängig zu machen, gegen die Martin Hohmann ein Waisenknabe ist. Rückblickend muss man nun feststellen, dass alle Konsensbemühungen der SPD zum Scheitern verurteilt waren, seit CDU und FDP sich zum ersten Mal auf die "Hirzel-Mehrheit" eingelassen hatten. Dieser Sündenfall zeitigt nun Spätfolgen, deren Schaden nicht mehr auf die beiden Parteien begrenzt bleiben. Das Treiben im Wiesbadener Rathaus schadet langsam dem Ruf der Stadt. Viele in CDU und FDP sehen das auch so. Sie müssen endlich ihre Spitzenleute zur Vernunft bringen und einen klaren Trennungsstrich zum rechten Rand ziehen. Auch wenn sich die SPD für die Opposition entschieden hat: für vernünftige Entscheidungen zum Wohl der Stadt wird es auch unsere Stimme geben. Für eine Lückenbüßerrolle, wenn's mit Hirzel & Co. nicht klappt, sind wir aber nicht zu haben.

Ruth Hecroy

"RoKo go" – 45.000 protestieren gegen Koch'sche Politik

Das hat Wiesbaden seit Jahrzehnten nicht gesehen: 45.000 Demonstranten aus ganz Hessen zeigten Roland Kochs Regierung die Rote Karte für ihre unsoziale Politik. Gebrochene Wahlversprechen gerade im Sicherheits- und Bildungsbereich trieben die Menschen auf die Straße. Das Dern'sche Gelände war bis in die angrenzenden Straßen gefüllt. Besonders schwer im Magen liegen den Protestierenden die Kürzungen und Streichungen, weil sie offenbar für den Mann an der Spitze keine Gültigkeit haben: nicht nur die inzwischen bekannt gewordene Luxusausstattung seiner neuen Staatskanzlei im ehemaligen Hotel Rose will nicht so recht zur Aktion Gürtel-enger-schnallen passen. Auch die personelle Ausstattung gibt zu denken: vieles scheint dabei auf Koch'sche Ambitionen zugeschnitten, die über seine hessischen Aktivitäten hinausgehen sollen ... aber: muss das der hessische Steuerzahler finanzieren? Was Schulen und Hochschulen angeht, baut die CDU-Alleinregierung wohl auf die Vergesslichkeit der Untertanen. Gestrichene Lehrstellen? - "Wird alles durch verordnete Mehrarbeit der Lehrkräfte ausgeglichen." Aufmuckende Hochschulpräsidenten? Sollen durch plumpe Drohgebärden mundtot gemacht werden. So hatten sich das die Wählerinnen und Wähler aber bestimmt nicht vorgestellt! Und dass die Überstundenberge, die Polizistinnen und Polizisten vor sich herschieben, durch ebenfalls verordnete Mehrarbeit ausgeglichen werden, entspricht auch nicht dem Wahlversprechen von "Mehr Sicherheit". Da hat wohl einer den Mund zu voll genommen.



BLICKPUNKT >●< NORDENSTADT

Aus dem Ortsbeirat



Der Ortsbeiratsfraktion der SPD lag zur Vorbereitung der Sitzung am 03.12.03 eine Liste vor, in der die Anträge des Ortsbeirates zum Doppelhaushalt 2004/05 enthalten sind. Die Anliegen des Ortsbeirates - und das sind wir gewöhnt - werden nur zu einem geringen Teil in die Planungen der Stadt aufgenommen. Zu unserer Erleichterung konnten wir lesen: "Dachsanierung der Grundschule: Für Sofort-Maßnahmen hat der Magistrat am 02.09.03 - 118.400 € zur Verfügung gestellt. Kategorie 5; bei der Haushaltsstelle 2.2100.940000.9.702 werden für 2005 - 571.000 € und für 2006 - 71.000 € eingeplant."

Zu Sitzungsbeginn am 03.12.03 lag den Ortsbeiratsmitgliedern ein Schreiben der Stadt auf dem Tisch, in dem lapidar erklärt wurde, dass ... nachträglich meist aus Budget-Gründen Änderungen vorgenommen wurden.

Für die Dachsanierung der Grundschule bedeutet dies, dass die erwähnten Ansätze um ein Jahr in die Jahre 2006/07 verschoben worden sind.

Diese Vorgehensweise stößt auf den Widerstand des Ortsbeirates. In einem Dringlichkeitsantrag fordert er den Magistrat auf, zu der ursprünglichen Planung zurück zu kehren und die Sanierungsmaßnahme zeitnah abzuschließen.

Dem Ortsbeirat lag zur selben Sitzung auch ein Schreiben der Wiesbadener Verwaltung (Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr) vor, in dem es um die Ausweisung von städtischen Flächen als Rodelstrecken geht.

Die Stadt hat in der Vergangenheit mit der notwendigen Beschilderung die Rodelstrecke am westlichen Ortsrand von Nordenstadt als offizielle Rodelstrecke ausgewiesen. Damit hat sie in all den Jahren auch die Aufgaben, die sich aus der Verkehrssicherungspflicht ergeben, übernommen.

Die Kinder haben die Rodelstrecke an den wenigen Schneetagen als willkommene Bereicherung des ansonsten kargen Freizeitangebotes sehr gut angenommen. Nun erklärt die Stadt mit einem ausdrücklichen Hinweis auf die "Verkehrssicherungspflicht" (die es auch früher schon gab) und "aktueller Bestimmungen des Arbeitsrechts sowie vorhandener EU-Richtlinien" (Anm.: was immer das sein mag), dass es in Zukunft nicht mehr möglich ist, im Wiesbadener Stadtgebiet offizielle Rodelstrecken auszuweisen. Als zusätzlicher Grund werden die "bei fast allen Strecken festgestellten großen Mängel hinsichtlich des Sicherheitsstandards" angegeben.

Auf Initiative der SPD-Fraktion will der Ortsbeirat wissen, ob dies auch für die Rodelbahn in Nordenstadt gilt, da nicht bei allen Strecken Mängel festgestellt worden sind. Ziel des einstimmig beschlossenen Dringlichkeitsantrages des Ortsbeirates ist es, für die Kinder und Jugendlichen von Nordenstadt die Rodelbahn als offizielle Rodelstrecke zu erhalten.

Dietmar Nowak

*Alle Jahre wieder...

findet der Adventsnachmittag für ältere Mitbürger/innen statt. So waren auch diesmal zahlreiche Gäste zum vorweihnachtlichen Kaffeemittag im Gemeindezentrum erschienen. Die Ortsvereine von SPD und AWO haben diesmal gemeinsam dafür gesorgt, dass es reichlich Kaffee, Kuchen und Wein gab. Durchs Programm führte der stellvertretende Ortsvorsteher Klaus-Dieter Jung und er konnte auch in diesem Jahr die Wiesbadener SPD-Abgeordnete und Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul begrüßen. Begeistert waren die Gäste über den hessischen Mundartvortrag von Gaby Reichardt, die einige mit Sicherheit auch aus dem hessischen Rundfunk kennen. Das NOMA Quintett sorgte für eine musikalische Reise durch verschiedene Länder und Katrin Goffmann entlockte ihrer Posaune mit Geschick weihnachtliche Lieder.

Umrahmt wurde die Veranstaltung schon traditionell mit entsprechender Musik von Herrn Heemann. Ein schöner Nachmittag im Gemeindezentrum, das die Gäste mit zufriedenen Gesichtern verließen.



IMPRESSUM alle Wiesbaden
Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Ruth Akasoy, Goethering 32

Redaktion: Ruth Akasoy, Goethering 32,
Katrin Kiehne, Goethering 26

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

Druck: Reha-Druckerei, Daimlerring 6